D 20493 E

DER PARITÄTISCHE 3 | 2017

Sozial wählen: Armut stoppen, Zukunft schaffen!

Forderungen des Paritätischen zur Bundestagswahl

Nachrichten | Berichte | Reportagen

Inhalt

Foto: Stephanie von Becker

Foto: UNION Versicherungsdienst

Foto: Fotolia – Thodonal

Editorial 3

Thema
Sozial wählen: Armut stoppen, Zukunft schaffen!
Forderungen des Paritätischen zur Bundestagswahl

In Menschen investieren – von der Kindheit bis zum Alter 4
Mut zum Handeln!
Familie, Kinder und Frauen wirksam fördern 6
Für eine humane Flüchtlingspolitik
und ein modernes Einwanderungsgesetz 8
Politische Positionen und persönliche Präferenzen 9
Der Mensch muss im Mittelpunkt stehen 10
Im Gespräch mit der Politik 12

Zweiter Armutskongress
Umsteuern: Armut stoppen, Zukunft schaffen. 14

Verbandsrundschau
Neues Projekt: Gesundheitsförderung
für Migrantinnen und Migranten im Quartier 18
Fördermittel für tausende Projekte 18
Vielfalt ohne Alternative 18
Bundesverdienstkreuz für
Verbandsvorsitzenden Rolf Rosenbrock 19
Goldene Ehrenmedaille für Manfred Klocke 20
Mitgliedschaft, die sich lohnt 21
Initiative kulturelle Integration engagiert sich
für gesellschaftlichen Zusammenhalt 22
Paritätischer sieht soziale Verantwortung als Arbeitgeber 23
Zehn Jahre Forum der Migrantinnen
und Migranten im Paritätischen 24
Armut verbaut immer mehr Menschen die
Chance auf einen sozialen Aufstieg 25

Sozialpolitik
BAGFW-Spitzentreffen mit der Bundeskanzlerin 26
Die Kinder von Inhaftierten sind nahezu unsichtbar 27
Impulse für eine soziale Wohnungspolitik 28
Armutsfeste und solidarische Alterssicherung schaffen 28
Paritätischer für Kindergrundsicherung 28
Die Umsetzung der Pflegereformen
in der Praxis – eine Bestandsaufnahme 29
Pflegestärkungsgesetze – Wo bleibt
die Stärkung der beruflich Pflegenden?! 31
Reichtum umverteilen 32
Gesamtkonzept gegen Armut und Ausgrenzung gefordert 32

Forum
Lebenswirklichkeit von Studierenden 33
Bilderbuch für Kinder von Eltern in Haft 33
Inklusive Emojis fürs Smartphone 33
Werbung für Vielfalt und Inklusion 33

Hören & Sehen 34
Literaturempfehlungen| Impressum 35
was? – wann? – wo? 36

Professor Dr. Rolf Rosenbrock, Vorsitzender des Paritätischen Gesamtverbands

Liebe Leserinnen und Leser,

am 24. September wird der 19. Deutsche Bundestag gewählt. Wie kaum ein anderes Thema beschäftigt die Frage nach der sozialen Gerechtigkeit die Menschen im Land. Das ist kein Zufall, denn es zeigt sich, dass die gute wirtschaftliche Entwicklung keineswegs von selbst zu mehr Gerechtigkeit führt: Die Spreizung der Einkommen zwischen Arm und Reich nimmt immer weiter zu, die Zahl der Menschen mit Einkommen an oder unter der Armutsgrenze ist auf skandalös hohem Niveau, und in der Ungleichheit der Vermögensverteilung nimmt Deutschland inzwischen einen Spitzenplatz ein. Nur wenige Gruppen profitieren vom wirtschaftlichen Wohlstand und Wachstum unseres Landes – in den unteren Sozialschichten kommt davon so gut wie nichts an. Das Versprechen der sozialen Marktwirtschaft, durch Bildung und Anstrengung sozial aufzusteigen, wird hierzulande immer weniger eingelöst. Vielmehr entscheiden Herkunft und soziale Lage maßgeblich über die Chancen des Kindes. Die soziale Mobilität nimmt ab.

Armut hat auch Auswirkungen auf die politische Teilhabe der betroffenen Menschen. Eine im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales erstellte Studie aus dem Jahr 2016 zeigt, dass einkommensschwächere Menschen bei politischen Entscheidungsträgern seltener Gehör finden und bei politischen Entscheidungen weniger berücksichtigt werden, als einkommensstärkere Gruppen. Ungehört resignieren viele.

Doch die gleichberechtigte Chance aller Menschen auf gute Bildung, politische und kulturelle Teilhabe, auf Selbstverwirklichung, sozialen Aufstieg und Partizipation am Wohlstand ist die zentrale Bedingung für das gute Zusammenleben und den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Die nächste Bundesregierung muss sich dieser sozialen Fragen annehmen und Menschen in ihren unterschiedlichen sozialen Problemlagen vor sozialer Ausgrenzung schützen. Dazu sind mehr Investitionen und größere Anstrengungen für eine inklusive Gesellschaft erforderlich.

Täglich setzen sich der Paritätische und seine Mitgliedsorganisationen für die Menschen vor Ort ein, um ihnen in ihrer jeweiligen Lebenssituation mehr Partizipation in der Gesellschaft zu ermöglichen. Mit über 500 Teilnehmenden, sozialen Trägern, direkt von Armut Betroffenen und Wissenschaftlern diskutierte der diesjährige Armutskongress am 27. und 28. Juni Strategien zur Bekämpfung von Armut. Der aktuelle Armutsbericht und das Paritätische Jahresgutachten bildeten den Fakten-Hintergrund und machten den dringenden Handlungsbedarf zur Armutsbekämpfung und Stärkung des sozialen Zusammenhalts in der Gesellschaft deutlich.

Schwerpunktmäßig enthält und begründet die vorliegende Ausgabe des Verbandsmagazins die Forderungen des Paritätischen zu den Bundestagswahlen 2017 und damit die Erwartungen an die nächste Bundesregierung. Dabei geht es in allen Bereichen, von der Familie über die Bildung, Kinder, Gesundheitsversorgung, Eingliederungshilfe, Pflege, Arbeitsmarkt, Rente, Arbeitslosigkeit, Aufnahme von Flüchtlingen und der Gestaltung von Einwanderung, darum, Teilhabe und Chancengleichheit zu schaffen, inklusive Strukturen zu fördern sowie Armut zu bekämpfen und vorzubeugen. Armutsbekämpfung kostet Geld. Deshalb setzen wir uns für eine steuerpolitische Umverteilung ein, die große Vermögen und Erbschaften sowie Unternehmensgewinne stärker als bisher heranzieht, um soziale Sicherheit für alle zu erreichen.

Herzlich, Ihr

Ende Juni fand in Berlin der zweite Armutskongress statt, über den in diesem Magazin ab Seite 14 berichtet wird. In den zahlreichen Beiträgen von Armutsbetroffenen, Abgeordneten, Wissenschaftlern und Praktikern der Sozialen Arbeit wurde einmal mehr deutlich: Von Armut und Ausgrenzung bedrohte Menschen werden nur selten gehört. Noch seltener finden ihre Interessen Berücksichtigung im politischen Prozess. Auch die nun endende Wahlperiode des Bundestages war eine Zeit der vergebenen Chancen bei der Bekämpfung von Armut und Ungleichheit, obwohl die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen günstiger denn je sind. Kinder- und Altersarmut, Geschlechterungerechtigkeit und Langzeitarbeitslosigkeit stagnieren auf hohem Niveau oder wachsen sogar. Die soziale Ungleichheit nimmt zu. Das muss sich ändern, um der Menschen Willen und weil Gemeinwesen, die Gleichheit fördern, reicher sind. Sie sind erfolgreicher – sozial, wirtschaftlich und kulturell.

In die Menschen investieren – von der Kindheit bis zum Alter

Prävention und Selbsthilfe sind über die Gesundheitspolitik hinaus wichtige Prinzipien Paritätischer Arbeit. Menschen zu unterstützen, indem Hilfebedürftigkeit möglichst früh und möglichst weitgehend vermieden wird und Hilfe zur Selbsthilfe zu organisieren, hat immer Vorrang. Reicht das nicht aus, müssen schnelle, bedarfsorientierte Hilfen organisiert und unbürokratisch zugänglich gemacht werden. Wer sich nicht selbst helfen kann, der muss sich auf die Solidarität der Gesellschaft verlassen können. Dazu soll jeder nach seinen Möglichkeiten beitragen. Politik muss dies vermitteln.

Arme Kinder gibt es nur in armen Familien

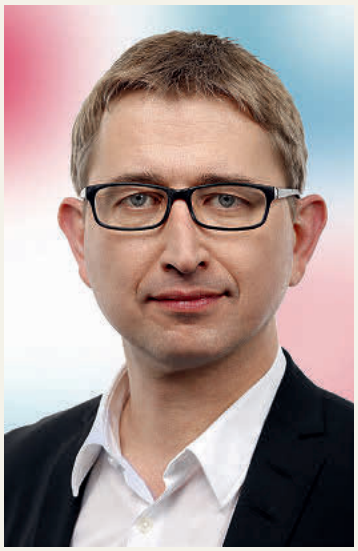
Etwas aufzubauen erfordert ein stabiles Fundament. Ziel der künftigen Politik muss es sein, den Boden dafür zu bereiten. Das fängt im Kindesalter an und hört im Alter nicht auf. Arme Kinder gibt es nur in armen Familien. Perspektiven für Kinder schafft man deshalb dann, wenn ihre Eltern in guten Erwerbsverhältnissen arbeiten und sie sich dabei auf eine umfassende, leistungsfähige soziale Infrastruktur verlassen können. Gute Beschäftigungsverhältnisse zu fördern, gerechte Einkommen zu fordern und Mindestlöhne zu garantieren, ist deshalb wichtig. Wer dabei Unterstützung benötigt, dem ist diese bedarfsorientiert zu gewähren – durch eine Kindergrundsicherung, durch die Förderung von Qualifikationen, durch Kinderbetreuungsmöglichkeiten und anderes. Wer einmal arbeitslos wird, der verdient individuelle Qualifizierungshilfen und eine verlässliche, soziale Absicherung. Das alles ist heute nicht ausreichend gewährleistet.

Öffentlich geförderte Beschäftigung schaffen

Zu den politischen Aufgaben der Zukunft zählt es, eine leistungsfähige Beschäftigungsinfrastruktur zu schaffen, die nicht nur schnell vermittelbare Arbeitslose in Arbeit bringt, sondern gerade auch Langzeitarbeitslosigkeit bekämpfen hilft. Etwa 400.000 Menschen werden aber auch dann keine Aussicht haben, nachhaltig in reguläre Beschäftigungsverhältnisse vermittelt zu werden. Für sie benötigen wir öffentlich geförderte, sinnstiftende Beschäftigungsverhältnisse, die den Menschen eine Zukunft außerhalb der Grundsicherung garantieren. Mit einer Verlängerung von Bezugsdauer und Rahmenfrist des Arbeitslosengeldes und der Förderung von Weiterbildungen muss sichergestellt sein, dass Arbeitslosigkeit nicht direkt in die Armut führt. Es ist inakzeptabel, dass nicht einmal jeder dritte Arbeitslose von der Arbeitslosenversicherung profitiert, weil deren Bezugsbedingungen in den vergangenen Jahren so restriktiv gestaltet wurden.

Armutsrisiko Erwerbsminderung

Auch wegen des steigenden Renteneintrittsalters schaffen es vier von zehn Menschen nicht, aus der Erwerbstätigkeit direkt in die Rente zu wechseln. Viele Menschen sind vorher erwerbsgemindert, und Erwerbsminderung gehört zu den großen Armutsrisiken. Das ist unnötig und ungerecht: Der Paritätische fordert deshalb, die Abschläge für Erwerbsminderungsrentner ersatzlos zu streichen und die Leis-



Dr. Joachim Rock, Leiter der Abteilung Arbeit, Soziales und Europa beim Paritätischen Gesamtverband

tungen der Erwerbsminderungsrente zu verbessern. Die Zwangsverrentung von Arbeitslosen muss beendet werden.

Altersarmut begegnen

Die Bedeutung der Alterssicherung ist kaum zu überschätzen. Fast ein Viertel der Bevölkerung ist auf Leistungen der Rentenversicherung angewiesen. Deren Leistungsniveau wurde in den vergangenen Jahren massiv reduziert. Diese Leistungskürzungen sowie veränderte Beschäftigungsverhältnisse mit geringeren Löhnen und mehr atypischer Beschäftigung spiegeln sich in einem stetig wachsenden Armutsrisiko älterer Menschen. Das Armutsrisiko von Rentnern und Pensionären liegt inzwischen über dem Bevölkerungsdurchschnitt. Wer einmal von Altersarmut betroffen ist, dem droht dies als Schicksal für den Rest des Lebens. Der Schlüssel zur Vermeidung von Altersarmut liegt im Arbeitsleben. Beiträge zur Alterssicherung sind umfassend anzuerkennen. Zeiten der Kindererziehung, Pflege und auch der Arbeitslosigkeit müssen deutlich besser berücksichtigt werden: Engagement für andere muss sich lohnen. Wer von Altersarmut betroffen ist, dem hilft eine Stabilisierung und Anhebung des Rentenniveaus nur wenig. Diese Maßnahmen helfen aber dennoch vielen, gar nicht erst in Altersarmut zu geraten. Wessen Rente dennoch nicht reicht, der muss einen unbürokratisch gezahlten und auskömmlichen Zuschlag zu seiner Rente bekommen. Der Paritätische hat auch dafür umfassende, konkrete und finanzierbare Vorschläge vorgelegt.

Bundesweit gleichwertige Lebensverhältnisse schaffen

Ungleichheit gibt es nicht nur zwischen Menschen, sondern auch zwischen den Regionen in Deutschland. Mit seinen regionalen Armutsberichten hat der Paritätische Pionierarbeit dabei geleistet, die Ungleichheit zwischen Regionen sichtbar zu machen und überwinden zu helfen. Die Verantwortung vor Ort wächst. Selbst Leistungen aus Bundesgesetzen sind inzwischen unterschiedlich viel wert, je nachdem inwieweit sie mit der lokalen Infrastruktur eingelöst werden können. Der Bund muss verlässliche Rahmenbedingungen für die Soziale Arbeit vor Ort schaffen: durch eine Abschaffung des Bildungs- und Teilhabepaketes zugunsten einer finanzierten Infrastruktur durch die Träger vor Ort, durch die Fortschreibung und Weiterentwicklung der Bundesprogramme für Soziale Stadt und die Förderung von Stadtteil- und Gemeinwesenarbeit. Der neue Bundestag muss den Bund-Länder-Finanzausgleich gerecht gestalten und gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Deutschland schaffen.
Doch nicht nur die kommunale Ebene, auch die europäische Ebene hat an Bedeutung gewonnen. Deutschland profitiert in besonderer Weise vom europäischen Integrationsprozess. Europa wird dennoch nur dann dauerhaft Zustimmung und Unterstützung finden, wenn es kein Europa der Wirtschaft, sondern ein Europa der Menschen ist. Ein solches soziales Europa muss weiterentwickelt werden. Europäische Förderpolitik muss so gestaltet werden, dass sie diesem Ziel dient. Die Förderung von sozialen Organisationen, von Bildungseinrichtungen und auf Inklusion gerichteten Dienstleistungen ist dazu unerlässlich. Dies alles muss in einer fairen, sozialen Handelsordnung geschehen. Es geht nicht an, dass Bürger- und Verbraucherrechte eingeschränkt werden, um einseitig große Unternehmen zu privilegieren und diesen selbst gegenüber demokratischen Staaten durch Handelsabkommen einseitige Klagerechte einzuräumen. Der neue Bundestag muss klarstellen, dass Handelsverträge Daseinsvorsorge und soziale Dienste nicht gefährden und dem Menschen, nicht nur der Wirtschaft, nutzen. Zwischen Markt und Staat sind es die gemeinnützigen Dienste der Wohlfahrtspflege, die Katalysatoren der Teilhabe sind. Sie bieten nicht nur Leistungen an, die sich der Profitlogik entziehen und unter Einbeziehung freiwilligen Engagements Unbezahlbares schaffen, sondern sind zugleich der Wirtschaftsbereich, der auch angesichts der Debatten um die Digitalisierung sichere und gute Beschäftigung bieten kann.
Es ist deshalb unverständlich, warum die Wohlfahrtsverbände nicht viel stärker dabei gefördert werden, mit innovativen sozialen Dienstleistungen und durch Personal- und Organisationsentwicklung ihr Beschäftigungs- und Leistungspotenzial auszuschöpfen. Der neue Bundestag muss die Bereiche entwickeln und fördern, die Menschen dienen und ihnen gute Arbeit ermöglichen. Nur die Wohlfahrtspflege gewährleistet beides.
Mehr Gleichheit fördern und organisieren zu helfen, das ist ein Erfolgsrezept für die Entwicklung einer Gesellschaft. Dem Paritätischen ist dieses Ziel nicht nur in seinem Namen, sondern in seiner verbandlichen DNA eingeschrieben.

Mut zum Handeln! Familie, Kinder, Frauen und Jugend wirksam fördern

Jede Zeit hat ihre eigenen Herausforderungen, muss sich gesellschaftlichen Umbrüchen, Krisen und nationalen und globalen Entwicklungen stellen und hierauf Antworten finden. Besonders gefragt ist hierbei eine Politik, die als gestaltende Kraft Visionen und Ideen in Konzepte gießen und für deren Umsetzung Mehrheiten gewinnen kann. Wenn aber in einem der reichsten Länder der Welt die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinander geht, wenn rund 2,7 Millionen Kinder als arm gelten, über 40 Prozent der Alleinerziehenden gegenwärtig mit ihrem Einkommen unterhalb der Armutsschwelle liegen, wenn es nach wie vor erkennbare Defizite bei der Gleichstellung der Geschlechter gibt, wenn Kinder und Jugendliche in Deutschland nicht über die gleichen Bildungs- und Teilhabechancen verfügen, wenn Inklusion vielerorts kaum mehr als ein Lippenbekenntnis ist, dann fehlt es offenbar an Konzepten, Ideen und Gestaltungswillen in der Politik.

Für viele Menschen ist die Familie nach wie vor der zentrale Lebensbereich. Um aber eine Familie gründen und leben zu können, sind verlässliche Rahmenbedingungen unabdingbar. Hierbei ist eine monetäre Entlastung und Förderung von Familien ebenso erforderlich, wie eine familienunterstützende Infrastruktur und eine ausgewogene Zeitpolitik.

Laut amtlicher Statistik (Datenreport 2016) lebten in Deutschland 2014 insgesamt 8,1 Millionen Familien, knapp ein Fünftel davon waren Familien mit einem Elternteil. In etwas mehr als der Hälfte der Familien lebte ein Kind, in 36 Prozent zwei und in elf Prozent drei und mehr minderjährige Kinder. Im selben Zeitraum verfügten neun Prozent aller Familien über ein monatliches Familien-Nettoeinkommen von weniger als 1.300 Euro. Knapp jede dritte Familie verfügte monatlich über ein Nettoeinkommen zwischen 1.300 und 2.600 Euro. Vier von zehn Alleinerziehenden mussten 2014 mit einem Familien-Nettoeinkommen von unter 1.300 Euro im Monat auskommen; rund jeder zweite Haushalt von Alleinerziehenden hatte ein Nettoeinkommen zwischen 1.300 und 2.600 Euro.

Unzureichende Förderung von Familien

Insbesondere die Armutsquote von Alleinerziehenden verharrt seit Jahren auf einem anhaltend hohen Niveau. Ebenso ist die Armutsquote von Familien mit drei und mehr Kindern doppelt so hoch wie von Familien mit einem und zwei Kindern. Demnach ist das Risiko, in Armut zu geraten gerade für Alleinerziehende und Familien mit drei und mehr Kindern besonders ausgeprägt. Diese Erkenntnis ist sicher alles andere als neu, denn die Daten sprechen seit Jahren eine eindeutige Sprache. Es ist in Deutschland nach wie vor nicht gelungen, eine hinreichende finanzielle Förderung und Unterstützung von Familien zu erreichen. Die Leistungen für Familien gelten als ineffizient, unübersichtlich und in ihrer Komplexität kaum mehr verständlich. Ein wirksamer Familienlasten- und -leistungsausgleich findet kaum mehr statt. Jede familienbezogene Leistung hat ihre eigene Systematik, ihre eigene Berechnungsgrundlage und Anrechnungslogik, die es selbst ausgewiesenen Kennern der Materie oft nicht leicht macht, den Überblick zu behalten. Obwohl es zahlreiche Ansätze und Überlegungen für eine Reform der familienbezogenen Leistungen gibt, ist es bisher nicht gelungen, ein entsprechendes Vorhaben auf den Weg zu bringen. Nach wie vor fehlt es erkennbar an einer nachhaltigen Strategie zur Bekämpfung der Armut von Familien.

Existenzsichernde Kindergrundsicherung

Vor diesem Hintergrund fordert der Paritätische eine Reform der monetären Förderung und Unterstützung von Familien. Hierzu sollten alle entsprechenden Leistungen auf den Prüfstand gestellt und zu einer einheitlichen, existenzsichernden Kindergrundsicherung zusammengeführt werden.

Mit dem quantitativen Ausbau der Kindertagesbetreuung, wie er seit 2007 vorangetrieben wurde, sowie mit der Einführung des Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatz für Kinder ab dem vollendeten ersten Lebensjahr in 2013, sind erste wichtige Schritte für eine Stärkung der Infrastruktur für Familien geleistet worden. Die anhaltend hohe Nachfrage nach Betreuungsplätzen macht allerdings deutlich, dass auch in den kommenden Jahren weitere Anstrengungen beim quantitativen Ausbau notwendig sein werden. Darüber hinaus muss die Qualität des Betreuungsangebots stärker in den Blick genommen werden. Hier müssen deutliche Verbesserungen insbesondere bei den Rahmenbedingungen erzielt werden. Die Jugend- und Familienministerkonferenz hat sich auf ihrer Sitzung Mitte Mai 2017 auf Eckpunkte für ein Bundesqualitätsentwicklungsgesetz verständigt, der Bund hat die hierfür notwendigen Finanzmittel in Aussicht gestellt.

Bundesqualitätsentwicklungsgesetz auf den Weg bringen

Der Paritätische fordert die neue Bundesregierung auf, auch in der kommenden Legislatur den eingeschlagenen Weg konsequent weiterzuverfolgen, das Bundesqualitätsentwicklungsgesetz auf den Weg zu bringen und umzusetzen sowie die hierfür notwendigen Finanzmittel zur Verfügung zu stellen.

Nachhaltige Zeitpolitik

Ein wichtiger Aspekt für die Lebensqualität von Familien ist Zeit, die für Familie, Erwerbsarbeit, bürgerschaftliches Engagement, die Freizeit sowie die eigene Regeneration zur Verfügung steht. Familien sehen sich immer stärker unter Druck, in der „rush hour of life“ möglichst viele der Erwartungen zu erfüllen. Eine nachhaltige Familienpolitik muss Konzepte und Strategien für eine nachhaltige Zeitpolitik entwickeln und auf den Weg bringen. Diese reichen unter anderem von der Förderung der partnerschaftlichen Vereinbarkeit von Familie und Beruf, dem erleichterten Zugang zum Arbeitsmarkt nach Betreuungs- und Erziehungszeiten bis hin zu einer Förderung einer familienfreundlichen Arbeitswelt sowie der Unterstützung bei der Übernahme von Pflegetätigkeiten und Sorge für Angehörige.

Marion von zur Gathen,
Leiterin der Abteilung Soziale Arbeit
beim Paritätischen Gesamtverband

Der Paritätische fordert die neue Bundesregierung auf, sich stärker als bisher mit Ansätzen und Überlegungen für eine nachhaltige Zeitpolitik für Familien auseinanderzusetzen und hierbei auch Familienarbeitszeitmodelle zu entwickeln.

Inklusion als Prozess

Inklusion steht für die selbstverständliche Teilhabe aller Menschen an der Gesellschaft. Die Teilhabe ist unabhängig von Behinderung, Geschlecht, sozialen Bedingungen, Fähigkeiten, ökonomischen Voraussetzungen, Ethnizität, Sprache, Religion, sexueller Orientierung und weiteren individuellen Merkmalen. Inklusion ist ein zu gestaltendes gesellschaftliches Prinzip, ein Prozess, dessen Umsetzung für alle Lebensbereiche und Systeme entwickelt und gestaltet werden muss. Inklusion darf nicht nur Gegenstand von Sonntagsreden und Lippenbekenntnissen sein, sie muss mit Leben gefüllt, zu einem Grundsatz des Zusammenlebens in unserer Gesellschaft werden. Erste Ansätze für eine Umsetzung von Inklusion finden sich vor allem im frühkindlichen Bildungsbereich. Weitere Bereiche, wie etwa das Schul- oder Ausbildungssystem, müssen folgen. Klar sein muss dabei jedoch, dass Inklusion nicht zum Nulltarif zu haben ist. Das gilt auch für die Schaffung einer inklusiven Kinder- und Jugendhilfe.

Der Paritätische fordert die neue Bundesregierung auf, sich konsequent für Inklusion einzusetzen, die hierfür erforderlichen Prozesse zu initiieren sowie die notwendigen Finanzmittel verbindlich bereitzustellen.

Gleichstellung der Geschlechter

Laut Artikel 3 Absatz 2 des Grundgesetzes sind Männer und Frauen gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin. Die Ergebnisse des 1. und 2. Gleichstellungsberichts zeigen nicht nur den konkreten Handlungsbedarf, sie machen auch deutlich, dass es zwischen Männern und Frauen nach wie vor ungleiche Verwirklichungschancen sowie die ungleiche Verteilung von Chancen und Risiken im Lebenslauf gibt. Ausdruck dessen ist unter anderem der „Gender Pay Gap“ (Einkommensunterschiede aufgrund des Geschlechts) sowie der „Gender Pension Gap“ (Einkommensungleichheit von Männern und Frauen im Alter).

Es ist nicht länger hinnehmbar, dass Frauen für die gleiche Arbeit weniger verdienen als Männer, dass „typische Frauenberufe“ schlechter entlohnt werden als andere und Frauen aufgrund der Übernahme von Sorge- und Pflegearbeiten seltener Karriere machen und geringere Rentenanwartschaften erwerben. Der Paritätische fordert die neue Bundesregierung auf, endlich ein Rahmenkonzept für eine konsequente Gleichstellung der Geschlechter vorzulegen und umzusetzen.

Es ist an der Zeit, Mut zum Handeln zu zeigen und mit neuen Konzepten und Ideen endlich Teilhabe und Chancengerechtigkeit für alle Menschen in Deutschland herzustellen.

Für eine humane Flüchtlingspolitik und ein modernes Einwanderungsgesetz

Wohl kaum jemand hat im Jahr 2013 vorhergesehen, wie sehr das Flüchtlingsthema in dieser Legislaturperiode die Innenpolitik bestimmen würde. Der zunächst großen Offenheit bei der Aufnahme von Flüchtlingen folgte dann eine zunehmend restriktive Flüchtlingspolitik nach dem Motto „so etwas darf uns nicht nochmal passieren“.

Keine Festung Europa!

Es wurden Maßnahmen massiv verstärkt, um zukünftig die Flucht nach Europa zu erschweren beziehungsweise unmöglich zu machen. Diskutiert wird aktuell vor allem, den Flüchtlingsschutz in andere Staaten, insbesondere in Nordafrika „auszulagern“. Der Paritätische hält eine stärkere Unterstützung anderer Länder bei der Aufnahme von Flüchtlingen und beim Aufbau eigener Asylsysteme zwar für sinnvoll, sie darf aber keine Rechtfertigung dafür sein, sich selbst der Verantwortung bei der Aufnahme von Flüchtlingen zu entziehen und andere Staaten anzuhalten, Flüchtlinge von Europa fernzuhalten. Daher lehnt der Verband Pläne ab, Asylverfahren in Nicht-EU-Staaten auszulagern und Flüchtlinge zurückzusenden, wenn sie vermeintlich in anderen Transitländern sicher waren. Europa muss offen bleiben für Asylsuchende!

Mehrere Tausend Flüchtlinge sind im vergangenen Jahr auf ihrer Flucht nach Europa im Mittelmeer ertrunken. Um dies für die Zukunft zu vermeiden ist ein Umsteuern in vielen Bereichen notwendig. Dazu gehört neben der Bekämpfung von Fluchtursachen und der stärkeren Unterstützung der Transitländer insbesondere auch, andere legale Möglichkeiten des Zugangs nach Europa für Schutzsuchende auszubauen. Wir fordern eine deutliche Aufstockung entsprechender Aufnahme- beziehungsweise Resettlementprogramme.

Familienzusammenführung ermöglichen

Als Reaktion auf den Anstieg der Flüchtlingszahlen hat die Bundesregierung im Jahr 2016 den Familiennachzug für einen Teil der Flüchtlinge bis März 2018 ausgesetzt. Für die Betroffenen bedeutet das, dass sie jahrelang von ihren Familien, die noch in den Herkunfts- oder Transitstaaten leben, getrennt bleiben. Für viele ist das eine untragbare Situation; einige kehren deshalb wieder in die Herkunftsländer zurück. Gerade wenn man verhindern will, dass sich Familienangehörige auf die höchst unsichere, gefährliche Flucht nach Europa begeben, um hier mit der Familie in Sicherheit zusammen zu leben, darf man das Recht auf Familienzusammenführung nicht weiter einschränken. Der Ausschluss der Familienzusammenführung für Subsidiär Geschütze darf nicht über den März 2018 verlängert werden!

Faire Asylverfahren gewährleisten

Die Mehrzahl der neuen Asylverfahren wird mittlerweile innerhalb weniger Monate abgeschlossen. Asylverfahren sollen aber nicht nur zügig, sie müssen vor allem fair durchgeführt werden. Tatsächlich gibt es aber zahlreiche Qualitätsmängel, auf die auch der Paritätische wiederholt hingewiesen hat. Zu einem fairen Verfahren gehört vor allem auch, dass die Betroffen über ihre Rechte und Pflichten von einer unabhängigen Stelle beraten werden können. Eine solche unabhängige Verfahrensberatung, die es bisher in Deutschland nur in einigen Bundesländern gibt, muss bundesweit zur Verfügung gestellt werden.

Harald Löhlein, Leiter der Abteilung Migration und Internationale Kooperation

Rahmenbedingungen der Integration verbessern

Damit die zügige Aufnahme und Integration der Geflüchteten gelingen kann, müssen die Rahmenbedingungen stimmen. Es ist von zentraler Bedeutung, allen Flüchtlingen zügig – spätestens nach drei Monaten – Zugang zu den unterschiedlichen Integrationsangeboten zu gewähren und dabei nicht zwischen denen mit und ohne Bleibeperspektive zu unterscheiden. Die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes und stattdessen der gleichberechtigte Zugang zu Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch gehören für uns ebenso zu den notwendigen Rahmenbedingen gelingender Integration wie die dauerhafte Aufhebung von Arbeitsverbot und Vorrangprüfung beim Zugang zum Arbeitsmarkt.

Der weitere Ausbau der Sprachförderung und passgenauer Qualifizierungsangebote wie auch die frühzeitige und umfassende Anerkennung mitgebrachter Qualifikationen sind weitere wichtige Bausteine.

Flüchtlinge müssen uneingeschränkten Zugang zu medizinischer Versorgung bekommen; wichtig ist insbesondere die Sicherstellung ausreichender Angebote zur Behandlung psychischer Störungen beziehungsweise Traumata. Auch muss der Einsatz von Sprachmittlern im Bereich der medizinischen Versorgung finanziert werden.

Ohne das große Engagement zahlreicher ehrenamtlicher Unterstützerinnen und Unterstützer kann die Aufnahme und Integration geflüchteter Menschen kaum gelingen. Damit das bisherige Engagement erfolgreich wirken kann, müssen die notwendigen Unterstützungsstrukturen weiter gefördert werden.

Abschiebungen: menschenwürdige Standards beachten

Erfolgreiche Flüchtlingspolitik misst sich nicht an einer möglichst hohen Zahl von Abschiebungen! Aus Sicht des Paritätischen Gesamtverbands müssen beim Thema Rückkehr die Sicherheit und Würde des einzelnen garantiert werden. Dazu gehört, dass niemand in Länder zurückgeführt wird, in denen Bürgerkrieg herrscht oder sonstige Gefahren für Leib oder Leben der Rückkehrer bestehen. Aus diesem Grund lehnen wir Abschiebungen nach Afghanistan ab.

Die sogenannte „freiwillige" Rückkehr, muss den absoluten Vorrang vor Abschiebungen haben. Um diese zu fördern, bedarf es einer unabhängigen Rückkehrberatung, welche Ausreisepflichtige neutral über Perspektiven und Möglichkeiten informiert und somit eine höhere Glaubwürdigkeit und Akzeptanz erlangen kann als staatliche Beratungsstellen.

Soweit Abschiebungen als unausweichlich angesehen werden, gilt es auch hier, für menschenwürdige Standards zu sorgen. Dies verbietet zum einen die Abschiebung von besonders schutzbedürftigen sowie gut integrierten Personen. Zum anderen regen wir eine Ausweitung des Abschiebemonitorings an, um inhumane Abschiebungspraktiken künftig zu verhindern.

Einbürgerung erleichtern

Es ist ein Skandal, dass in Deutschland nach wie vor viele Eingewanderte seit Langem leben, ohne dass sie hier die deutsche Staatsangehörigkeit annehmen konnten. Dafür gibt es verschiedene Gründe. Langwierige Verfahrensdauer, zahlreiche gesetzliche Hürden, die Notwendigkeit, die bisherige Staatsangehörigkeit abzugeben, sowie die Höhe der Gebühren halten Menschen von einer Einbürgerung fern. Die Einbürgerungsmodalitäten müssen verbessert, die Höhe der Gebühren gesenkt und die Voraufenthaltszeiten gekürzt werden. Die Mehrstaatigkeit muss regelhaft möglich sein und die Optionspflicht komplett abgeschafft werden. Insbesondere für die erste Generation der sogenannten „Gastarbeiter" beziehungsweise „Vertragsarbeiter" müssen Einbürgerungsverfahren erleichtert werden. Es liegt auch im Interesse der Aufnahmegesellschaft, dass diejenigen, die hier dauerhaft leben, die vollen Bürgerrechte, vor allem auch das Wahlrecht erhalten.

Besserer Zugang zu Sozialleistungen für EU-Bürger

Handlungsbedarf besteht aber keinesfalls nur bei der Aufnahme von Flüchtlingen, sondern auch hinsichtlich der Situation von EU-Bürgern. Die neuen Regelungen, die mehr EU-Bürger von Sozialleistungen ausschließen, haben zur Folge, dass immer mehr von ihnen in äußerst prekären Verhältnissen leben und von verschiedenen Formen der Ausbeutung, etwa am Wohnungs- oder Arbeitsmarkt, betroffen sind. Diese Formen der Ausbeutung müssen entschieden bekämpft und die Rechte der EU-Bürger, auch beim Zugang zu Sozialleistungen, gestärkt werden.

Familienzusammenführung verbessern

Fast alle Parteien haben mittlerweile verkündet, dass in der kommenden Legislaturperiode die Einwanderung nach Deutschland neu geregelt werden soll. Das ist auch gut so. Neben Erleichterungen für qualifizierte Fachkräfte, vor allem solche mit einem beruflichen Abschluss, ist es dabei auch wichtig, die Regelungen für die Familienzusammenführung zu verbessern und auch die Zuwanderung von gering Qualifizierten neu zu regeln. Denn wenn legale Wege der Zuwanderung aus Drittstaaten geschaffen werden sollen, um Alternativen zum Asylsystem zu bieten, dann muss es auch für geringer Qualifizierte Zuwanderungsmöglichkeiten geben. Dabei kann man auf den positiven Erfahrungen mit den Westbalkan-Staaten aufbauen.

Online-Tool zur Wahl

Politische Positionen und persönliche Präferenzen

Wie stehen die Parteien zur Frage der Finanzierung von öffentlichen Beschäftigungsmaßnahmen, zum Mindestlohn und zur Rentenhöhe? Wie soll sich der Betreuungsschlüssel in Kitas entwickeln und wie ein menschenwürdiges Existenzminimum für Kinder festgelegt werden? Soll eine Bürgerversicherung die Trennung der privaten und der gesetzlichen Krankenversicherung überwinden? Wie kann tatsächliche Teilhabe für alle Menschen sichergestellt werden? Wie steht es um das Asylbewerberleistungsgesetz, die Mehrstaatlichkeit und das Recht auf Familienzusammenführung? Und was bedeuten die Freihandelsabkommen für die betroffenen Bürgerinnen und Bürger?

Wahlhilfe im Internet

Diese und weitere Fragen zu sozialpolitischen Themen, die eine besondere Bedeutung für den Einzelnen, unsere soziale Arbeit und die Gesellschaft haben, stellt der Paritätische vor der Bundestagswahl den Parteien. Die Antworten werden in einem Programm verarbeitet, das die unterschiedlichen Positionen der Parteien aufbereitet. Die meisten werden dies vom Wahl-O-Mat der Bundeszentrale für politische Bildung kennen.

Als Ergebnis erhält jede interessierte Bürgerin beziehungsweise jeder Bürger eine Rückmeldung, welche Partei mit den eigenen politischen Vorstellungen mehr oder weniger übereinstimmt. Diese Wahlhilfe ist aufrufbar über: http://wahlhilfe.paritaet.org

Der Mensch muss im Mittelpunkt stehen

Eine solidarische und gerechte Finanzierung von Pflege und Gesundheit, Leistungen, die den Bedarfen der Menschen gerecht werden, und entschiedene Schritte zur Realisierung der Inklusion – das sind einige zentrale Forderungen des Paritätischen Gesamtverbands im Bereich Teilhabe, Gesundheit und Rehabilitation.

Die Gesundheitsreformen der vorhergehenden Bundesregierungen haben die Ungerechtigkeiten in der gesundheitlichen Versorgung verschärft. Unternehmen wurden entlastet, Versicherte müssen durch Zuzahlungen und Zusatzbeiträge alleine für die steigenden Kosten aufkommen. Weil die Gesundheit eines jeden Menschen die zentrale Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe und Selbstbestimmung ist, darf das Gesundheitswesen nicht weiter den marktwirtschaftlichen, ökonomischen Interessen untergeordnet werden. Denn: Gesundheitsversorgung ist ein Menschenrecht. Gesundheitsversorgung ist Daseinsversorgung. Deshalb müssen die marktwirtschaftlichen Mechanismen zurückgedrängt und wieder eine sach- und bedarfsgerechte Steuerung eingeführt werden.

Soziale Bürgerversicherung

Als wichtigen Schritt in Richtung eines solidarischen und gerechteren Gesundheitssystems sieht der Paritätische die Überwindung der Zwei-Klassen-Medizin. Die Versorgung der Menschen muss wieder im Mittelpunkt stehen. Der Paritätische fordert daher die zügige Einführung einer sozialen Bürgerversicherung sowie den zuzahlungsfreien Zugang zu einer qualitativ hochwertigen gesundheitlichen Versorgung für alle Menschen.

Gesundheitsförderung und Prävention

Wer arm ist, stirbt früher und ist häufiger krank. Gute Gesundheitspolitik muss daher stets alle Politikbereiche einbeziehen. Ein stabiles soziales Umfeld, gute Arbeits-, Lern- und Wohnbedingungen beeinflussen die Gesundheit wesentlich. Gesundheitsförderung und Prävention können dazu beitragen, sozial bedingte gesundheitliche Ungleichheiten abzubauen. Zur Erreichung dieses Ziels fordert der Paritätische, flächendeckende und nachhaltige gesamtgesellschaftliche Strategien und Programme zu entwickeln.

Ressourcen für Inklusion

Deutschland hat die UN-Behindertenrechtskonvention und damit die gleichberechtigte Teilhabe und Inklusion von Menschen mit Behinderung anerkannt. Inklusion braucht nicht nur eine verbale Zustimmung. Inklusion verlangt eine neue Haltung, kostet Mühe und Geld. Hierfür sind Ressourcen bereitzustellen! Das neue Bundesteilhabegesetz (BTHG) hat behinderten Menschen Verbesserungen zum Beispiel bei der Heranziehung von Einkommen und Vermögen für Leistungen der Eingliederungshilfe gebracht. Allerdings bleibt es bei Bedürftigkeitsprinzip und Fürsorgerecht. Die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung muss unabhängig vom Einkommen und Vermögen gewährt werden. Auch die Möglichkeit zur Gewährung von Leistungen zur gemeinschaftlichen Inanspruchnahme von Unterstützungsleistungen etwa in der Freizeit oder beim Schulbesuch gegen den Wunsch des Leistungsberechtigten sind nicht konform mit der UN-Behindertenrechtskonvention.
Die Verbesserungen mit dem Bundesteilhabegesetz greifen fast ausschließlich für Menschen, die auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt integriert sind oder ein Mindestmaß an verwertbarer Arbeit leisten können. Aber auch Menschen mit hohem Unterstützungsbedarf haben ein Recht auf eine für sie erreichbare Teilhabe am Arbeitsleben und Beschäftigung. Das Kriterium „die Schaffung eines Mindestmaßes an verwertbarer Arbeit“ ist abzuschaffen und Teilhabe am Arbeitsleben für ALLE – auch für Menschen mit hohem Unterstützungsbedarf – umzusetzen. Teilhabe steht vor Pflege! Die Fortführung der Sonderregelung im BTHG, mit der eine „Verlegung“ junger Menschen mit Behinderung in Pflegeheime möglich wird, muss abgeschafft werden, weil sie die Leistungsberechtigten selbst bei der Entscheidungsfindung ausschließt.
Kinder mit Behinderung und deren Familien brauchen Sicherheit für Leistungen der Früherkennung und Frühförderung. Hierfür sind verbindliche Regelungen zur Finanzierung und Leistung zu schaffen.

Wahlrecht für alle Menschen mit Behinderung

Der Paritätische fordert volles Wahlrecht für ALLE Menschen mit Behinderung. Die Abschaffung der Wahlrechtsausschlüsse von Menschen mit Behinderung ist längst überfällig.
Das Menschenrecht auf inklusive Bildung ist anzuerkennen und notwendige sächliche, personelle Ressourcen sind zu gewährleisten. Der Bund muss Verantwortung übernehmen und dafür Sorge tragen, dass Gesetzes- oder Ressourcenvorbehalte gestrichen werden.

Selbsthilfe stärken

Damit Partizipation von behinderten und chronisch kranken Menschen auf allen gesellschaftlichen Ebenen gelebt werden kann, ist die finanzielle Aus-

stattung ihrer Selbsthilfeorganisationen unter Einbeziehung weiterer Institutionen wie etwa den privaten Krankenversicherungen zu verbessern und gemäß den wachsenden Aufgaben anzupassen. Die Patientenvertretungen müssen im Hinblick auf personelle und zeitliche Ressourcen vergleichbar mit den Leistungserbringern und ihren Verbänden ausgestattet sein. Zugleich müssen die Selbsthilfe- und Patientenbeteiligungsrechte in den Sozialgesetzbüchern V (Gesetzliche Krankenversicherung) und XI (Soziale Pflegeversicherung) weiter ausgebaut werden. Dazu gehört beispielsweise, dass die Selbsthilfe- und Patientenvertreter/-innen im Gemeinsamen Bundesauschuss langfristig ein Stimmrecht erhalten. Dieses sollte in einem ersten Schritt ein Stimmrecht in Verfahrensfragen umfassen.
Da die Krankenkassen keine Transparenz bezüglich der Verwendung ihrer kassenindividuellen Selbsthilfeförderung herstellen, bedarf es hierzu einer entsprechenden gesetzlichen Vorgabe, die vorsieht, dass die Vertreter der Selbsthilfe an der Vergabe dieser Mittel zu beteiligen sind.

Umfassende Barrierefreiheit

Damit Menschen möglichst selbstbestimmt lernen, arbeiten und wohnen, aber auch ihre Freizeit gestalten können, gilt es Barrieren möglichst schnell und umfassend abzubauen und künftig zu vermeiden. Nachdem sich der öffentliche Sektor hier bereits auf den Weg gemacht hat, bedarf es nun einer besseren Verankerung von Barrierefreiheit im privatwirtschaftlichen Bereich. Dazu braucht es eine bindende Verpflichtung für private Unternehmen zur Barrierefreiheit, die dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit Rechnung tragen muss und ein je nach Dienstleistungsbereich gestuftes und zeitlich festgelegtes Umsetzungskonzept beinhaltet.

Mehr Pflegepersonal

In der Altenpflege wird es keine grundlegende Verbesserung der Versorgung ohne mehr Personal und mehr Zeit für Pflege und Betreuung geben. Der neue Pflegebedürftigkeitsbegriffs bringt etwas Bewegung in die Sache. Wenn aber nicht nur Personen mit eingeschränkter Alltagskompetenz eine bessere Versorgung erhalten sollen, sondern auch die Gruppe der rein somatischen Pflegebedürftigen, ist eine Anhebung der Personalschlüssel alternativlos. Die Erhöhung der Personalschlüssel beziehungsweise die tatsächliche Umsetzung erreicht in dieser Hinsicht aber nicht das benötigte Niveau. Der Hemmschuh liegt in den Kosten und im Fachkraftmangel. Durch die Übernahme der Kosten für Behandlungspflege in teilstationären und stationären Pflegeeinrichtungen durch die Krankenversicherung könnte bereits ein wesentlicher Personalzuwachs refinanziert werden.

Leistungen der Pflegeversicherung müssen angehoben werden

Um dem Fachkraftmangel entschieden entgegenzutreten, führt kein Weg an einer besseren Bezahlung der Pflegekräfte vorbei. Deshalb müssen die Leistungen der Pflegeversicherung deutlich angehoben werden. Die Pflegebedürftigen beziehungsweise deren Angehörige können nicht weiter finanziell belastet werden.
Der Mehrbedarf an Personal und Zeit sowie notwendige Lohnsteigerungen müssen refinanziert werden. Der Umbau hin zu einer sozialen Bürgerversicherung muss daher oberste politische Priorität genießen. Die Beitragsbemessungsgrenze muss auf das Niveau der Rentenversicherung angehoben und das zu berücksichtigende Einkommen ausgeweitet werden. Dem kontinuierlichen Anstieg der Eigenanteile muss durch regelmäßige und regelgebundene Leistungsanpassungen begegnet werden.

Personenkreis erweitern

In der Hilfe zur Pflege sind die „vergessenen Personengruppen“ wieder zu berücksichtigen. Personen ohne Pflegegrad erhalten derzeit keine Leistungen der Hilfe zur Pflege mehr. Pflegebedürftige unterhalb von Pflegegrad 2 haben keinen Anspruch auf Leistungen in vollstationären Pflegeeinrichtungen, und deren Leistungen sind gedeckelt. Betroffen sind sowohl Nichtversicherte als auch Versicherte mit ergänzender Hilfe zur Pflege.

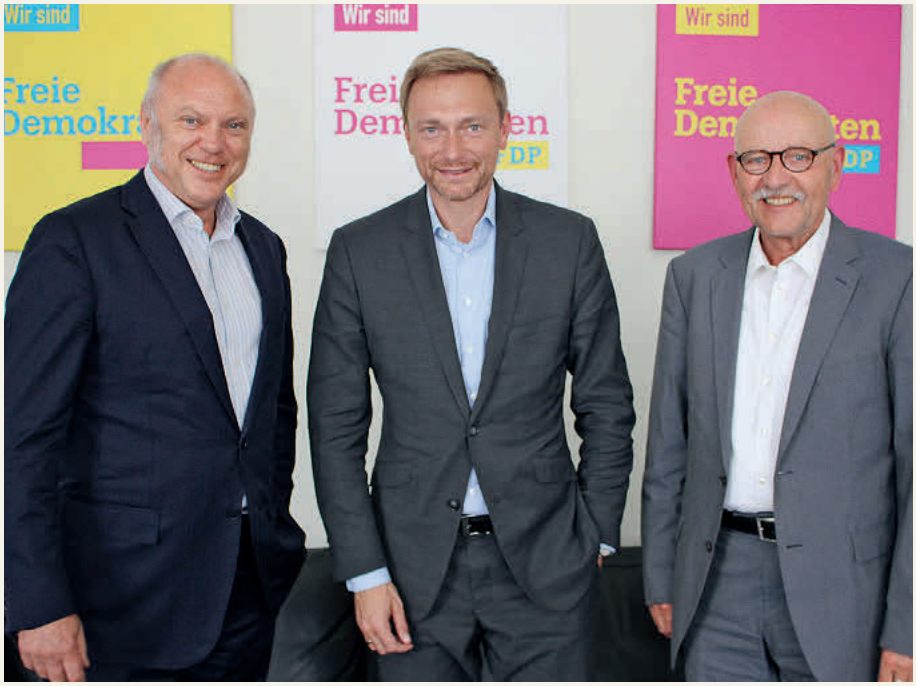
Kommunen haben eine zentrale Rolle bei der wohnortnahen Versorgung

Die Stärkung kommunaler Aufgaben in der Pflege ist ein Flop. Für eine angemessene, wohnortnahe und aufeinander abgestimmte, miteinander verzahnte Beratungs-, Versorgungs- und Unterstützungslandschaft sowie für eine bedarfsgerechte Infrastruktur müssen die Kommunen Verantwortung in den relevanten Feldern für ihre originären Aufgaben der Koordination, Vernetzung, Planung und Steuerung übernehmen. Ziel muss die Gestaltung einer wohnortnahen Versorgung und nicht die bloße Steuerung von Leistungen und der Einbezug der Wohlfahrtspflege sein.

Joachim Hagelskamp Bereichsleiter Gesundheit, Teilhabe, Dienstleistungen beim Paritätischen Gesamtverband

Über das steuerpolitische Konzept der Partei Bündnis 90/Die Grünen sprach der Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbandes, Dr. Ulrich Schneider, mit der Bundesvorsitzenden der Partei, Simone Peter. „Wohlhabende müssen endlich einen fairen Beitrag zum Gemeinwesen leisten. Es darf nicht sein, dass Menschen in Deutschland in Armut leben“, betonte Simone Peter. „Wir setzen uns zum Beispiel dafür ein, Steuersümpfe trocken zu legen, und wollen verhindern, dass extrem hohe Managergehälter auch noch als Betriebsausgaben von den Steuern abgesetzt und damit von der Allgemeinheit mitfinanziert werden. Außerdem müssen Superreiche endlich in die Verantwortung genommen werden. Wir fordern deshalb eine verfassungsfeste und ergiebige Vermögenssteuer.“

Um zu sondieren, wo gemeinsame Themen und Interessen zwischen dem Paritätischen und der FDP liegen könnten, trafen sich der Vorsitzende des Paritätischen Gesamtverbandes, Professor Dr. Rolf Rosenbrock, und Hauptgeschäftsführer Dr. Ulrich Schneider in Berlin mit dem Bundesvorsitzenden der FDP, Christian Lindner. Sie verständigten sich darauf, sich zu den Themen Bildungspolitik, sozialer Arbeitsmarkt und Rechtsextremismus vertieft auszutauschen und gegebenenfalls gemeinsam Dinge auf den Weg zu bringen. Lindner betonte Berührungspunkte zu sehen zwischen dem liberalen Bürgergeld-Konzept und dem vom Paritätischen geforderten Passiv-Aktiv-Transfer bei Hartz IV, womit die Umwandlung von Hartz-IV-Leistungen in Richtung einer Beschäftigungsförderung gemeint ist.



Zu einem grundsätzlichen Austausch über Fragen der Steuer-, Wirtschafts- und Sozialpolitik trafen der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, Michael Grosse-Brömer, und der Hauptgeschäftsführer des Paritätischen, Dr. Ulrich Schneider, zusammen.
Schneider unterstrich positive Ergebnisse aus der nun auslaufenden Legislaturperiode wie die Pflegereform oder das Präventionsgesetz. Gleichwohl beklagte er Defizite der

Der Vorsitzende des Paritätischen Gesamtverbandes, Professor Dr. Rolf Rosenbrock, überreichte dem Vorsitzenden der SPD, Martin Schulz, bei einem Treffen im Willy Brandt Haus das Buch „Gleichheit. Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind“ von Richard Wilkinson und Kate Pickett. Je größer die Einkommensspreizung, desto mehr soziale Probleme gibt es, ist die zentrale These der international anerkannten Autoren. Soziale Ungleichheit führe zu mehr Ausgrenzung, gesundheitlichen Problemen, Menschen in Gefängnissen und im Ergebnis zu einer kürzeren Lebenserwartung.

Koalition in der Armutsbekämpfung und eine aus Sicht des Verbands zu starke Dominanz wirtschaftlicher Interessen. Grosse-Brömer hielt dem entgegen, dass auch Wohlfahrts- und Sozialverbände wie der Paritätische bei all ihrem wichtigen Bemühen mehr Verständnis dafür aufbringen müssten, dass jegliche sozialpolitische Leistung nur auf einem soliden wirtschaftspolitischen Fundament stattfinden könne. Die beiden Oberhausener verabredeten auch für die nächste Legislaturperiode regelmäßige Gespräche zu gemeinsamen Themen.

Über die Rolle der Wohlfahrtsverbände für die soziale Sicherung in Deutschland sprach der Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbandes, Dr. Ulrich Schneider, mit der Fraktionsvorsitzenden der Partei Die Linke im Bundestag, Sahra Wagenknecht. „Die Wohlfahrtsverbände erfüllen eine bedeutende Rolle für die soziale Sicherung in Deutschland. Besonders vor der Arbeit der ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer haben wir allerhöchsten Respekt. Allerdings kann das Ehrenamt das Hauptamt nicht ersetzen. Sonst sind die Kräfte irgendwann aufgebraucht“, sagte Sahra Wagenknecht. „Es geht neben dem Ehrenamt immer auch um professionelle Leistungen, die auch bezahlt werden müssen. Hier darf sich die Politik nicht zurücklehnen, denn das Geld dafür ist da. Es kann nicht sein, dass sich auf der einen Seite der Reichtum ballt und auf der anderen Seite nicht genug Pflegepersonal da ist.“ Texte und Fotos: Janina Trebing

Jakob Augstein, Verleger der Zeitung „Der Freitag“, beschäftigte sich in seiner Rede mit Rechtspopulismus und Ungleichheit.

Der Gesundheitsökonom und Professor für Sozialepidemiologie Richard Wilkinson sprach über Status, Armut und gesellschaftliche Folgen von Ungleichheit.

Zweiter Armutskongress:

Umsteuern: Armut stoppen, Zukunft schaffen.

Veranstalter fordern in gemeinsamem Aufruf zur Bundestagswahl eine sozial gerechte Steuerpolitik

Unter dem Motto „Umsteuern: Armut stoppen, Zukunft schaffen.“ fand Ende Juni im traditionsreichen Langenbeck-Virchow-Haus in Berlin-Mitte der zweite Armutskongress statt. Nachdem es beim ersten Armutskongress voriges Jahr darum ging, was Armut in einem reichen Land bedeutet, wo sie systematisch produziert wird und wer die Betroffenen sind, beschäftigten sich die mehr als 500 Teilnehmenden aus Politik, Wissenschaft, Praxis und Journalismus diesmal unter anderem mit der Frage, wie eine Gesellschaft ohne Armut aussehen kann. In Vorträgen, Foren und Arbeitsgruppen ging es unter anderem um Themen wie das Bedingungslose Grundeinkommen, die langfristigen Auswirkungen des wachsenden Niedriglohnbereichs auf die Renten, um Steuergerechtigkeit, Herausforderungen der Wohnungspolitik, Bildungs- und Chancengleichheit sowie den Zusammenhang zwischen Armut und Rechtspopulismus und die Bedeutung von Ungleichheit für unsere Gesellschaft. Professor Dr. Rolf Rosenbrock, Vorsitzender des Paritätischen Gesamtverbands, betonte zum Auftakt des Kongresses, dass Armut längst kein Randproblem mehr sei. Sie sei vielmehr ein massenhaftes Phänomen mitten in unserer Gesellschaft, das auf mehreren Ebenen bekämpft werden müsse. Was er nicht mehr ertragen könne, sei die Phrase vom „Schritt in die richtige Richtung“, be-

Die Veranstalter des Armutskongresses stellen den gemeinsamen Aufruf vor: (von li.) Verbandsvorsitzender Professor Dr. Rolf Rosenbrock, Barbara Eschen (Sprecherin der Nationalen Armutskonferenz), Annelie Buntenbach (DGB-Bundesvorstand), Moderatorin Tina Groll.

Heinz Georg von Wensiersky vom Bundeserwerbslosenausschuss ver.di (links) und Angelika Zwering von der AG Vernetzung von Betroffenen der Nationalen Armutskonferenz schildern ihre persönlichen Erfahrungen mit Armut.

tonte Rosenbrock. „Politik reagiert nur auf Druck." Um die Schere in der ungleichen Einkommens- und Vermögensverteilung zu schließen und um eine weitere Spreizung der Gesellschaft zu verhindern, müsse in der Steuerpolitik konsequent umgesteuert werden, so Rolf Rosenbrock.

Das fordern die Veranstalter des Armutskongresses auch in einem gemeinsamen Aufruf. Der Paritätische Gesamtverband, der Deutsche Gewerkschaftsbund und die Nationale Armutskonferenz wollen damit anlässlich der bevorstehenden Bundestagswahl zeigen, auf welche Politik es ankommt, um Armut wirkungsvoll einzudämmen. Unterstützt wird der Aufruf von 13 weiteren Sozial-, Wohlfahrts- und Fachverbänden sowie gewerkschaftlichen Organisationen.

„Niedriglohnbereich austrocknen"

DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach wies auf den Zusammenhang von Armut und prekärer Beschäftigung hin: „Die Politik muss endlich umsteuern und der Spaltung am Arbeitsmarkt entgegentreten. Es geht darum, den Niedriglohnbereich auszutrocknen, Minijobs in abgesicherte Beschäftigung umzuwandeln und die sachgrundlose Befristung von Arbeitsverträgen abzuschaffen." Auch der Missbrauch von Werkverträgen und prekärer Solo-Selbständigkeit müsse gestoppt werden. „Die Menschen brauchen gute und sichere Arbeit, die anständig entlohnt wird und deren Arbeitsbedingungen stimmen. Wichtig dafür ist auch eine vollwertige Berufsausbildung – jedoch bieten die Arbeitgeber zu wenige Ausbildungsplätze an. Die Politik muss endlich eine gesetzliche Ausbildungsgarantie beschließen."

Barbara Eschen, die Direktorin der Diakonie Berlin-Brandenburg und Sprecherin der Nationalen Armutskonferenz, sagte: „Die Regelsätze von Hartz IV sind zu niedrig. >>

Professor Dr. Marcel Fratzscher vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung über Ungleicheit und die Bedeutung von Bildung.

Oberes Foto: Der stellvertretende Verbandsvorsitzende Josef Schädle (links) im Gespräch. Rechts: Professor Dr. Jutta Allmendinger, die bei vielen Menschen Zukunftspessimismus feststellt.

Links: Open Space – Austausch und Vernetzung. Oberes Foto: Impulsforum zum Thema „Bedingungsloses Grundeinkommen“: Moderator Joachim Rock vom Paritätischen (Mitte) mit Professor Dr. theol. Franz Segbers (links, Uni Magdeburg) und Daniel Kreutz (Sozialverband Deutschland).

Maßstab bei der Berechnung scheint zu sein: Es muss Mangel da sein, damit sich die Menschen nicht einrichten.“ Trotzdem blieben fast die Hälfte der Betroffenen mehr als vier Jahre im Leistungsbezug und hätten trotz aller Bemühungen keine Chance, Arbeit zu finden.

Der britische Gesundheitsökonom und Professor für Sozialepidemiologie Richard Wilkinson legte in seinem Fachvortag dar, dass viele Analysen empirischer Daten zeigen: Je größer die Einkommens- und somit Chancenungleichheit in einer Gesellschaft ist, desto mehr negative Begleiterscheinungen wie Kriminalität, geringere Lebenserwartung, schlechtere Gesundheit und geringeres Bildungsniveau gibt es. Die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums sei entscheidend für die Lebensbedingungen aller. Negative Folgen der Ungleichheit wirkten sich letztlich auch negativ auf den vermögenden Teil der Bevölkerung aus.

„Zukunftspessimismus“

Professor Dr. Jutta Allmendinger, Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung, hob hervor, dass Armut und Angst vor der Armut bei Betroffenen häufig zu einem Zukunftspessismismus führten, der alles lähme. Die Politik

Simone Peter, Bundesvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, betonte in der Podiumsdiskussion: „Das Bildungs- und Teilhabepaket ist gescheitert.“ Sie forderte eine Kindergrundsicherung, die auch Kinder aus benachteiligten Familien Teilhabe sichert. Sie macht sich zudem stark für höhere Hartz-IV-Regelsätze, ein Ende der Sanktionen und einen sozialen Arbeitsmarkt.

Auch für die Ministerpräsidentin von Rheinland Pfalz, Sozialdemokratin Malu Dreyer, ist ein öffentlich geförderter Arbeitsmarkt zwingend, damit Menschen, die auf dem regulären Arbeitsmarkt nicht bestehen können, eine Chance bekommen. Außerdem engagiert sie sich für ein Arbeitslosengeld Q für Arbeitslose, die sich weiterqualifizieren.

Dietmar Bartsch, Vorsitzender der Bundestagsfraktion Die Linke: „Die Hartz-IV-Reformen haben die Armut in Deutschland verschärft ... Wir brauchen eine Gerechtigkeitswende. Wir müssen endlich den Mut haben umzuverteilen.“ Er erinnerte daran, dass es zu Zeiten Helmut Kohls immerhin einen Spitzensteuersatz von 53 Prozent gegeben habe.

In einer bewegenden Rede zog Dr. Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen, nach zwei Tagen Armutskongress Bilanz. Ganz besonders berührt hätten ihn die sehr persönlichen Schilderungen der von Armut betroffenen Menschen, sagt er.

Svenja Hense von der Uni Osnabrück stellte im Vortrag zur Umsetzung politischer Präferenzen von Arm und Reich fest: Von Armut betroffene Menschen gehen seltener zur Wahl.

Sophie Schwab vom Bundesverband der AWO und Sprecherin der Nationalen Armutskonferenz beim Workshop „Die Umverteiler vernetzen sich“.

dürfe die Angsstarre, in die viele Menschen gefallen seien, nicht ignorieren.

Für den Präsidenten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Professor Dr. Marcel Fratzscher, ist Ungleichheit nicht generell mit Ungerechtigkeit gleichzusetzen. „Umverteilung ist sicher notwendig, aber nicht immer die richtige Antwort“, um mehr Teilhabe für alle zu schaffen, sagte er. Fehlende Chancengleichheit könne man auch nicht durch mehr soziale Transfers lösen. Fratzscher hält vor allem Bildung für einen zentralen Schlüssel und plädierte dafür, inbesondere deutlich stärker in die frühkindliche Bildung zu investieren. Auf den Einwand aus dem Publikum, dass es viele hochqualifizierte Menschen gebe, die keine entsprechende Arbeit fänden, sagte er, es gelte vor allem durch gezielte Qualifizierung Wege zu finden, wie bei 2,6 Millionen Arbeitslosen eine Million offener Jobs besetzt werden könnten.

Kai Whittaker, Bundestagsabgeordneter der CDU, kritisierte, dass es in den Jobcentern zu wenige Kapazitäten gebe, um Langzeitarbeitslose entsprechend zu betreuen und in Arbeit zu vermitteln. Eine Aufhebung der Sanktionen stehe für ihn aber nicht zur Debatte, betonte er. Die viel kritisierte „schwarze Null“ von Finanzminister Schäuble sei kein Selbstzweck, sondern wichtig im Sinne der Generationengerechtigkeit.

„Rechtspopulismus ist kein Unfall“

Jakob Augstein, Verleger der Wochenzeitung „Der Freitag“, betonte in einem bemerkenswerten Vortrag, Rechtspopulismus sei kein Unfall. Die zunehmende Ungleichheit führe dazu, dass sich mehr und mehr Menschen, die sich zu den Verlieren zählen oder Angst hätten, das Wenige zu verlieren, das sie noch haben, einem repressiven Rechtspopulismus zuwenden. Oder sie täten dies aus Wut auf den Zynismus der Eliten. Dies sei eine Gefahr für die Demokratie: „Vom Neoliberalismus bis zum Faschismus der AfD ist es nur ein kleiner Schritt.“

Dr. Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbands, zeigte sich in seiner bewegenden Abschlussrede besonders beeindruckt von den Schilderungen der von Armut betroffenen Menschen, die zu Beginn des Kongresses ihre persönliche Lage dargestellt hatten. Heidi Emunds, Heinz Georg von Wensiersky, Heike Küchemann und Angelika Zwering hatten von Demütigung im Jobcenter, von existenzieller Not, von Willkür und Abhängigkeiten berichtet. Es sei eine Unverschämtheit, wie staatliche Stellen vielfach mit Bürgern umgingen, die ihren Anspruch auf Sozialeistungen geltend machen, kritisierte Schneider. Es gebe zu viele Fälle regelrechter Schikane, als dass man noch von Einzelfällen sprechen könne.

„Es gibt da ein Problem im Umgang mit armen Menschen, das durch den Neoliberalismus produziert wurde“, so Schneider. Menschen, die von gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen, enttäuscht und durch Angst gelähmt seien, zögen sich mehr und mehr aus der Gesellschaft zurück. „Der Neoliberalismus hat es geschafft, dass sich in Deutschland die Falschen schämen.“ Schämen sollten sich diejenigen, die völlig unverdient über Privilegien verfügten, und nicht jene, die gesellschaftlich abgehängt seien. Die Politik müsse dringend das verlorene Vertrauen dieser Menschen zurückgewinnen, mahnte Schneider. Der immense Reichtum in Deutschland müsse gerecht verteilt werden. „Eine Gesellschaft, die sich spaltet, ist am Ende für niemanden mehr lebenswert.“ Text: Ulrike Bauer

Fotos: Stephanie von Becker

Eine Dokumentation des Kongresses steht auf www.armutskongress.de

Neues Projekt: Gesundheitsförderung für Migrantinnen und Migranten im Quartier

Der Paritätische Gesamtverband hat unter inhaltlicher sowie finanzieller Beteiligung der gesetzlichen Krankenkassen – vertreten durch den Verband der Ersatzkassen, den BKK Dachverband, die IKK und die Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau – das neue Projekt „Bewusst – Gesund – Aktiv: Gesundheitsförderung für Migrant_innen im Quartier“ gestartet. Das Kooperationsprojekt hat eine Laufzeit von vier Jahren. Ziel ist es, Angebote der partizipativen Gesundeitsförderung und Prävention für Migrantinnen und Migranten modellhaft mit zehn Migrantenorganisationen des Paritätischen an zehn verschiedenen Standorten in Deutschland auszubauen und zu stärken sowie die Regelangebote im Integrationsbereich für gesundheitliche Prävention zu sensibilisieren.

Laut Statistischem Bundesamt hatten 2015 in Deutschland 17,1 Millionen Menschen einen Migrationshintergrund. Aufgrund struktureller Benachteiligung sind sie im Vergleich zur restlichen Bevölkerung überdurchschnittlich von Armut bedroht, was sich auch auf die gesundheitliche Situation dieser Personengruppe auswirkt. Einer Erhebung des Robert-Koch-Instituts zufolge nehmen Menschen mit Migrationshintergrund zudem seltener Gesundheitsleistungen und Früherkennungsuntersuchungen in Anspruch. Als Gründe werden sprachliche und kulturelle Barrieren oder Diskriminierungserfahrungen sowie eine unzureichende interkulturelle Öffnung der Institutionen im Gesundheitsbereich benannt.

Know-how bündeln

Im Paritätischen gibt es eine Vielzahl von Organisationen, die einen besonderen Zugang zur Zielgruppe der Menschen mit Migrationshintergrund haben. Darüber hinaus engagieren sich viele Mitgliedsorganisationen in verschiedenen Bereichen der Prävention und Gesundheitsförderung. Das Kooperationsprojekt soll deren Know-how sowohl auf kommunaler als auch auf Bundesebene zusammenführen und synergetische Effekte schaffen mit dem Ziel, die Gesundheitsförderung für Menschen mit Migrationshintergrund in ihrem Lebensumfeld langfristig zu verbessern. „Wir möchten praktische Handlungsempfehlungen und methodische Hinweise entwickeln, um die im Verlauf des Projektes gewonnenen Erkenntnisse einer breiten Fachöffentlichkeit zugänglich zu machen“, so Projektkoordinatorin Nicola Alcaide. Darüber hinaus erhalten Beschäftigte von Fachdiensten in Paritätischer Trägerschaft, wie beispielsweise Integrationsfachdienste, Beratungsstellen für Migantinnen und Migranten oder Frauenkurse passgenaue Qualifizierungsmaßnahmen zur Kompetenzerweiterung. Das Projekt wird über die gesamte Laufzeit wissenschaftlich begleitet und evaluiert.

Weitere Informationen erhalten Interessierte auf www.der-paritaetische.de

Fördermittel für tausende Projekte

Aktion Mensch

Die Aktion Mensch hat 2016 mit insgesamt 177,6 Millionen Euro Projekte für Menschen mit Behinderung, Kinder und Jugendliche sowie gesellschaftsrelevante Kampagnen gefördert. Unter dem Dach des Paritätischen wurden mit 38,3 Millionen Euro insgesamt 1.903 Vorhaben finanziell unterstützt.

Deutsche Fernsehlotterie – Deutsches Hilfswerk

Die Deutsche Fernsehlotterie schüttete zusammen mit ihrer Stiftung, dem Deutschen Hilfswerk, im Jahr 2016 insgesamt 90 Millionen Euro an soziale Projekte in Deutschland aus. 99 Vorhaben aus dem Paritätischen wurden mit 12,8 Millionen Euro gefördert.

GlücksSpirale

Für insgesamt 307 Vorhaben erhielten Mitgliedsorganisationen des Verbandes voriges Jahr 2,6 Millionen von der GlücksSpirale.

Kuratorium DeutscheAltershilfe

Insgesamt 323 Vorhaben Paritätischer Mitgliesorganisationen wurden zudem im Rahmen der sogenannten KDA-Förderung mit rund 387.000 Euro unterstützt. Hauptsächlich handelte es sich um Maßnahmen zur Qualifizierung von haupt- und ehrenamtlichem Personal.

Vielfalt ohne

Rechtsradikale und rassistische Umtriebe sorgen beim Paritätischen für große Besorgnis. Um sich öffentlich und eindeutig gegen rechte Demagogen zu positionieren hat der Paritätische Gesamtverband ein neues Webangebot gestartet. Damit macht der Verband seine Maßnahmen, Initiativen und Dokumente gegen rechtsradikale und rassistische Positionen einer breiten Öffentlichkeit zugänglich.

Resolution und Charta

Auf www.vielfalt-ohne-alternative.de finden Interessierte alle Informationen des Gesamtverbands zu diesem Thema. Unter anderem sind dort die „Resolution für eine solidarische Politik – gegen rechte Demagogen“, die „Charta gegen Rassismus und

Bundesverdienstkreuz für Verbandsvorsitzenden Rolf Rosenbrock

Der Gesundheitswissenschaftler und Vorsitzende des Paritätischen Gesamtverbands, Prof. Dr. Rolf Rosenbrock ist mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet worden. Gewürdigt wird damit insbesondere sein jahrzehntelanges Wirken für Gesundheitsförderung und Prävention.

Überreicht wurde die hohe Auszeichnung Professor Dr. Rolf Rosenbrock Mitte Juni von der Berliner Senatorin für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung, Dilek Kolat. Rolf Rosenbrock gelte als produktiver, hoch angesehener und erfolgreicher Forscher, Lehrer und Politikberater, der durch sein insgesamt mehr als 40-jähriges Wirken in der Prävention und Gesundheitsförderung sowie in der sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Gesundheitsforschung große Verdienste erworben habe, betonte die Senatorin.

Professor Dr. Rosenbrock war unter anderem Mitglied im Sachverständigenrat zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen, Vorsitzender des wissenschaftlichen Beirates der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, Mitglied des Vorstandes der Deutschen Gesellschaft für Public Health, des „Deutschen Forums für Prävention und Gesundheitsförderung“ und einer der Initiatoren und Berater des Projektverbundes „Gesundheitliche Chancengleichheit“.

Wichtige Impulse für die HIV-Politik gegeben

Darüber hinaus engagiert sich Rolf Rosenbrock seit Jahrzehnten intensiv in der Bekämpfung von HIV/AIDS und hat wesentliche Impulse für die HIV-Politik in Deutschland geliefert, insbesondere im Bereich der HIV-Prävention. Von 1987 bis 1990 war er Mitglied der AIDS-Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages und seit 1995 Mitglied im Nationalen AIDS-Beirat.

Seit 2012 ist Rosenbrock Vorsitzender des Paritätischen Gesamtverbands. Von 2015 bis 2016 war er zudem Präsident der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege.

„Ich bin dankbar für diese Auszeichnung, weil sie meinen jahrzehntelangen Einsatz für mehr Chancengleichheit und gesellschaftlichen Zusammenhalt würdigt“, sagte Rolf Rosenbrock. „Zugleich sehe ich darin eine Wertschätzung und Anerkennung jener zivilgesellschaftlichen Kräfte, die ich dabei beraten und unterstützen konnte.“

Alternative

Rechtsextremismus“ und die Handreichung „Wahrnehmen – Deuten – Handeln – Rechtsextremismus in der Sozialen Arbeit keinen Raum bieten“ zu finden.

Fakten gegen Vorurteile

Außerdem stellt der Verband den Vorurteilen rechter Demagogen unter dem Motto „Fakten gegen Vorurteile“ Argumente für eine sachliche Diskussion entgegen.

Zusammen mit AWO, Caritas, Diakonie und ZWST hat der Paritätische zudem eine Handreichung zum Umgang mit Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus herausgegeben. Sie hat den Titel „Miteinander gegen Hass, Diskriminierung und Ausgrenzung“ und steht ebenfalls zum Download auf der Seite.

Senatorin Dilek Kolat überreichte Professor Dr. Rolf Rosenbrock das Bundesverdienstkreuz.

Goldene Ehrenmedaille für Manfred Klocke vom UNION Versicherungsdienst

Für seine besonderen Verdienste hat der Paritätische Gesamtverband Manfred Klocke mit der goldenen Ehrenmedaille ausgezeichnet. Der Hauptgeschäftsführer des UNION Versicherungsdienstes ist jüngst in den Ruhestand gegangen.

49 Jahre habe sich Manfred Klocke mit großem Sachverstand, mit viel Menschlichkeit und herausragendem Engagement um die Belange Paritätischer Mitgliedsorganisationen gekümmert, betonte Dr. Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen, bei der Verleihung der höchsten Würdigung des Verbands. „Manfred Klocke war ein Brückenbauer zwischen der Versicherungswirtschaft und der Sozialwirtschaft, wobei ihm immer auch ganz besonders die kleinen Vereine mit ihrem ehrenamtlichen Engagement am Herzen lagen. Er hat maßgeblich daran mitgewirkt, einen wichtigen Dienstleistungsbereich für die Mitgliedschaft aufzubauen, in einer Art und Weise, die stets das volle Vertrauen des Verbandes verdiente und rechtfertigte."

Der UNION Versicherungsdienst ist als freier Makler im Auftrag des Paritätischen tätig und handelt für die Mitgliedsorganisationen besonders günstige Konditionen aus. Der Paritätische Gesamtverband ist Gesellschafter des UNION Versicherungsdienstes.

Foto: UNION Versicherungsdienst

Dr. Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbands (links), überreichte Manfred Klocke die goldene Ehrenmedaille des Verbands.

Anzeige

Bauckhof Stütensen Sozialtherapeutische Gemeinschaft e.V.

Haben Sie auch Freude daran, Lebensorte für andere zu schaffen?

Die Finanzierung von Lebensräumen für Menschen mit Behinderung gehört seit 40 Jahren zu unseren Spezialgebieten. Denn wir lieben es, Orte zu schaffen, die Raum zum Leben und Arbeiten bieten und Entfaltung ermöglichen. Auch gemeinsam mit Ihnen.

Finanzierungsangebote und Vermögensberatung für Behinderteneinrichtungen
Telefon +49 234 5797 300, www.gls.de/finanzieren

GLS Bank
das macht Sinn

Mitgliedschaft, die sich lohnt …

Günstige Konditionen und eine einfache Abwicklung beim Einkauf ermöglichen mehr als 160 Rahmenvertragspartner den Mitgliedern des Paritätischen. Folgende neue Partner konnte der Verband dazugewinnen:

Die Lichtzentrale ist ein auf Beleuchtung spezialisiertes Großhandelsunternehmen. Das Angebot umfasst die schnelle und günstige Lieferung des laufenden Ersatzbedarfs ebenso wie die Abwicklung komplexer Projekte bei Bauvorhaben.
Die Lichtzentrale verfügt über fundierte Erfahrungen in der Ausstattung sozialer Einrichtungen. Die besonderen Leistungen für Mitglieder sind kostenlose Vor-Ort-Beratungen, Lichtaudits, Sondernettopreise und Tiefpreisgarantie auf gängige Lagerartikel sowie Zusatzrabatt bei Onlinebestellung.

*

steadyPRINT ist eine Software zur intuitiven Verwaltung von Druckumgebungen jeder Größe. Die Administration, Überwachung und Auswertung vielfältiger Druckfunktionen stehen dabei ebenso im Fokus wie die Ausfallsicherheit von Druckservern oder die Inventarisierung der Druckumgebung. steadyPRINT bietet unter anderem: eine Lösung für die gesamte Verwaltung der Druckumgebungen, treiberloses Drucken, zentrale Treiberpflege, Drucken mit Spezialsystemen (z. B. Krankenhaus-/Pflegedienstprogramme, DATEV, ERP-Systeme). Mitglieder erhalten 30 Prozent Rabatt auf den Listenpreis.

*

Die Angebotspalette von eibe umfasst Spielwaren, Sportartikel, Außenspielgeräte, Möbelprogramme sowie Komplettlösungen. Neben ausführlicher, persönlicher Beratung bei der Planung, bietet eibe auch umfangreichen Service nach dem Verkauf.
Auch zum Thema Spielplatzsicherheit (Inspektion, Sicherheit und Wartung nach EN 1176) steht eibe zur Verfügung. Mitglieder erhalten 25 Prozent Nachlass auf Möbel, 15 Prozent Nachlass auf Spielgeräte sowie 10 Prozent Nachlass auf Sportartikel und Spielwaren.

*

Die M.O.P Management-Organisations-Partner GmbH ist ein am Markt etabliertes Softwareunternehmen. Das Portfolio umfasst u. a. die Lösung „TOM – Technisches Objektmanagement“ Software für Instandhaltung, Wartung und Facility Management. „TOM“ wurde speziell für Einrichtungen entwickelt, die prüf- und wartungspflichtige Objekte besitzen, etwa technische Anlagen aus der Gebäude-, Brandschutz-, Sicherheits- und Haustechnik sowie ortsveränderliche Geräte und Fahrzeuge. Mitglieder erhalten 18 Prozent Rabatt auf den jeweils aktuellen Listenpreis.

*

KONE ist einer der größten Anbieter von Aufzügen, Rolltreppen, automatischen Türen und Toranlagen. Angetrieben von den Wünschen der Kunden und den Bedürfnissen der Nutzer, entwickelt und produziert KONE technologisch führende, am Lebenszyklus des Gebäudes orientierte Produkte für den Transport von Personen und Lasten – aber auch Lösungen für die Modernisierung und Wartung bestehender Anlagen. Zum Start der neuen Partnerschaft bietet KONE eine Sicherheitsanalyse von Aufzügen für nur 270 Euro statt 420 Euro (zzgl. MwSt.) an. Diese deckt Abweichungen zum Stand der Technik auf und muss nach BetrSichV verpflichtend am Aufzug hinterlegt sein.

*

Exklusiv können alle Mitarbeiter des Paritätischen (sowie seiner Mitglieder) bei Abschluss eines 12-Monatsvertrags bei McFIT für nur 15 Euro (statt 19,90 Euro) monatlich trainieren.
Der Vertrag berechtigt zur Nutzung aller deutschlandweit über 350 Studios, die unter den Marken McFIT und High5 geführt werden.

*

Gerne informiert der Paritätische Gesamtverband Sie mit seinem Newsletter per E-Mail über Neuigkeiten und Sonderaktionen der Rahmenvertragspartner.
Um den Newsletter künftig zu erhalten, senden Sie bitte eine E-Mail mit dem Betreff „Newsletter abonnieren“ an rvt@paritaet.org.

Sie haben Lieferanten, die Sie uns gerne empfehlen möchten? Ihnen fehlt ein Bereich in unserem Portfolio? Wir sind für Kritik und Anregungen immer offen. Bitte kontaktieren Sie uns:
Karsten Härle und
Rebecca Neuparth
E-Mail: einkauf@paritaet.org
Tel.: 030/246 36 471

Die Initiative kulturelle Integration bei der Übergabe ihrer 15 Thesen an Bundeskanzlerin Angela Merkel.
Foto: Bundesregierung/Kugler

Initiative kulturelle Integration engagiert sich für gesellschaftlichen Zusammenhalt

Einen Beitrag zu gesellschaftlichem Zusammenhalt und kultureller Integration will die Initiative kulturelle Integration leisten. Sie überreichte Bundeskanzlerin Angela Merkel jüngst 15 Thesen unter der Überschrift „Zusammenhalt in Vielfalt“. Initiatoren der Initiative sind der Deutsche Kulturrat, die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, das Bundesministerium des Innern, das Bundesministerium für Arbeit und Soziales und die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration.

Neben den Initiatoren gehören 23 weitere Mitglieder der Initiative an, unter anderem die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege, das Forum der Migrantinnen und Migranten im Paritätischen, Kirchen und Religionsgemeinschaften, die Bundesarbeitsgemeinschaft der Immigrantenverbände, Medien, kommunale Spitzenverbände und die Kultusministerkonferenz.

Mit ihren 15 Thesen will die Initiative zeigen, welchen Beitrag kulturelle Integration zum gesellschaftlichen Zusammenhalt leisten kann. Die Mitglieder der Initiative laden Einzelne genauso wie Organisationen, Vereine oder Unternehmen ein, sich den vorgelegten Thesen anzuschließen, sie zu verbreiten und mit Leben zu füllen. Zu finden sind die Thesen auf http://kulturelle-integration.de/thesen/.

Vermittlungskraft der Kultur

In der Präambel des Thesenpapiers „Zusammenhalt in Vielfalt“ bekräftigen die Mitglieder der Initiative kulturelle Integration, dass Integration alle Menschen in Deutschland betreffe. Gesellschaftlicher Zusammenhalt könne weder verordnet werden, noch sei er allein eine Aufgabe der Politik. Vielmehr könnten alle hier lebenden Menschen dazu beitragen.

Die Mitglieder der Initiative kulturelle Integration setzen besonders auf die Vermittlungskraft der Kultur. „Kultur trägt neben der sozialen Integration und der Integration in Arbeit wesentlich zum gesellschaftlichen Zusammenhalt bei“, heißt es.

Zu den 15 Thesen gehören unter anderem:

- Geschlechtergerechtigkeit ist ein Eckpfeiler unseres Zusammenlebens.
- Religion gehört auch in den öffentlichen Raum.
- Die Kunst ist frei.
- Demokratische Debatten- und Streitkultur stärkt die Meinungsbildung in einer pluralistischen Gesellschaft.
- Einwanderung und Integration gehören zu unserer Geschichte.
- Die freiheitliche Demokratie verlangt Toleranz und Respekt.
- Bildung schafft den Zugang zur Gesellschaft.
- Deutsche Sprache ist Schlüssel zur Teilhabe.
- Kulturelle Vielfalt ist eine Stärke.

Paritätischer sieht soziale Verantwortung als Arbeitgeber

Im Mittelpunkt der Fachtagung Tarifpolitik des Paritätischen Gesamtverbands standen aktuelle Entwicklungen in der tariflichen Gestaltung von Arbeitsbedingungen und Herausforderungen der modernen Arbeitswelt.

Der Vorsitzende des Paritätischen Gesamtverbands, Professor Dr. Rolf Rosenbrock, wies darauf hin, dass der Verband sich für eine angemessene Bezahlung sozialer Arbeit einsetze. Voraussetzung sei aber ihre Refinanzierung. Auch eine tarifliche oder tarifähnliche Gestaltung von Arbeitsbedingungen im Paritätischen sei wichtig. Der schwierigen Situation vieler Organisationen im Wettbewerb um Arbeitskräfte könne am besten Abhilfe geschaffen werden, indem paritätische Organisationen ihre „Arbeitgeberqualität" weiterentwickeln. „Das Streben nach verbesserten und angemessenen Arbeitsbedingungen unserer Mitgliedsorganisationen stärkt unzweifelhaft auch die Glaubwürdigkeit unseres Verbandes", so Rolf Rosenbrock.

Darüber hinaus zitierte der Vorsitzende die Position des Gesamtverbands zur atypischen und prekären Beschäftigung, die unter anderem auch konkrete Forderungen wie die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung von Arbeitsverträgen und die Reduzierung der geringfügigen Beschäftigung auf den Betrag von 100 Euro monatlich enthalte. Dies halte der Paritätische aus sozialpolitischer Sicht für wichtig und richtig.

Prekäre Beschäftigung

Tina Hofmann, Referentin für Arbeitsmarktpolitik beim Paritätischen Gesamtverband, erläuterte die statistischen und politischen Hintergründe dieser Forderungen. Was dies für paritätische Organisationen in ihrer Arbeitspraxis bedeuten kann, wurde anschließend teilweise kontrovers diskutiert. Es herrschte jedoch im Wesentlichen Übereinstimmung, dass eventuell notwendige Veränderungen in der Arbeitsorganisation tragbar seien und soziale Organisationen damit ihrer sozialen Verantwortung gerecht werden können.

Der Vertreter der Paritätische Tarifgemeinschaft e. V. Berlin (PTG), Sebastian Jeschke, und die Vertreterin des PARITÄTischen Arbeitgeberverbands PATT e. V., Alina Kroll, stellten ihre Organisationen vor und informierten über die Möglichkeit, sich als Mitglied anzuschließen. Sie gaben Einblicke in ihre konkrete Arbeit insbesondere zur Verhandlung von Tarifverträgen und Begleitung der Mitglieder bei der Umsetzung.

„Erfolgsfaktor Familie"

Jekaterina Rudolph stellte das Unternehmensnetzwerk „Erfolgsfaktor Familie" (www.erfolgsfaktor-familie.de) vor. Es hat 6.500 Mitglieder, zu denen auch der Paritätische Gesamtverband gehört. Das Netzwerkbüro betreibt eine große Wissens- und Austauschplattform für familienbewusste Personalpolitik mit vielen Links und Publikationen zum Thema. Für Unternehmen gibt es unter anderem Newsletter, Leitfäden, Checkhefte und Beispiele guter Praxis. Bei Veranstaltungen, Vorträgen und Workshops lädt das Netzwerk Unternehmen zum Austausch ein. Die Mitgliedschaft ist kostenlos.

Im Workshop mit dem Titel „Zwischen Präsenzkultur und Arbeitsflexibilität – Chancen der Digitalisierung für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie" gab Jekaterina Rudolph einen Einblick, welche Potenziale für den betrieblichen Alltag sich aus Digitalisierungsprozessen ergeben können, zum Beispiel beim mobilen Arbeiten unterwegs oder der Arbeit im Homeoffice. Anschließend diskutierten die Teilnehmenden die Auswirkungen der Digitalisierung auf die betriebliche Kommunikation. Dabei ging es auch um Fragen der Vertrauens- und Ergebniskultur.

Neue Formen der Zusammenarbeit

In einem weiteren Workshop gab Juliane Amlacher einen Einblick in Organisationkulturen von morgen. Die Fachfrau für Business Coaching und Service Design (www.feuerkopf.de) widmete sich der Frage, mit welchen neuen Formen der Zusammenarbeit ein motivierendes, produktives und kreatives Arbeitsklima geschaffen werden kann. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer hatten Gelegenheit, die in Deutschland recht neue Methode „Service Design" in Gruppen auszuprobieren. Ein entscheidender Faktor dieser Methode und mitverantwortlich für ihren Erfolg ist der konsequente Perspektivwechsel, den die einzelnen Beteiligten in Entwicklungsprozessen übernehmen.

Juristisches Fachwissen

Rechtliche Rahmendbedingungen für die Arbeit im Homeoffice zeigte Rechtsanwalt Sebastian Jeschke von der Paritätischen Tarifgemeinschaft Berlin (PTG) auf. Er betonte, dass es im beiderseitigen Interesse wichtig sei, klare Regeln über Umfang und Gestaltung der Arbeit im Homeoffice festzulegen.

Rechtsanwältin Dr. Heike Alps informierte über Neuregelungen zur Arbeitnehmerüberlassung. Sie thematisierte anhand von Beispielen vor allem die in der Praxis oft schwierige Frage der Abgrenzung von selbstständiger und abhängiger Arbeit und klärte auch über Risiken auf.

Gertrud Tacke

Zehn Jahre Forum der Migrantinnen und Migranten:

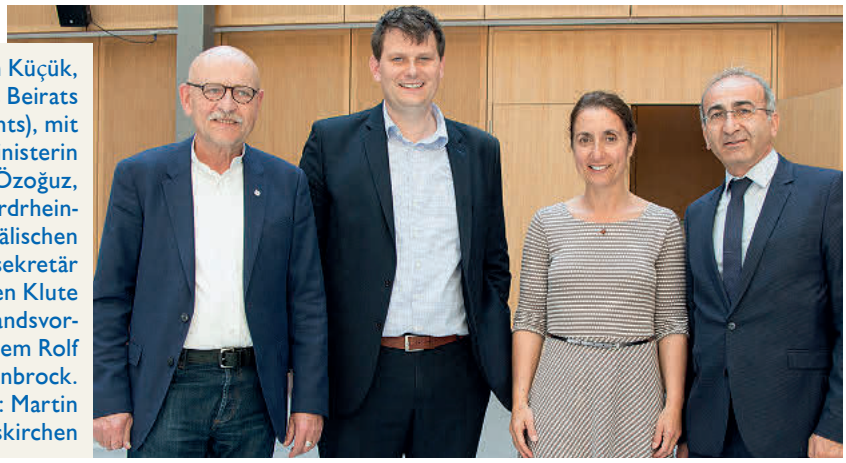
„Selbstbewusste, starke Stimme“

Als eine selbstbewusste, starke Stimme der Migrantinnen und Migranten, „die auch in der Politik ordentlich mitmischt“, hat die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Staatsministerin Aydan Özoğuz, das Forum der Migrantinnen und Migranten im Paritätischen gewürdigt. Bei der Jubiläumsfeier in der Vertretung des Landes Nordrhein-Westfalen in Berlin sagte sie, das Forum sei ein sehr wichtiger Zusammenschluss, der nicht nur den Austausch der Migrantinnen und Migranten untereinander fördere. Es sei auch unglaublich wichtig, um politisch etwas durchsetzen zu können. Sei es durch die Teilnahme am Integrationsgipfel oder am „Integrationspolitischen Dialog“ im Bundeskanzleramt, sei es zu Fragen wie der Integration, dem Wahlrecht, der interkulturellen Öffnung oder dem Antidiskriminierungsgesetz.

„Gleichberechtigte Mitglieder der Gesellschaft“

Kenan Küçük, von der ersten Stunde an dabei und seit 2007 Sprecher des Beirats des Forums der Migrantinnen und Migranten, erinnerte an die Motive zur Gründung des Forums: „Wir hatten genug davon, dass in der öffentlichen Debatte immer über uns und nicht mit uns gesprochen wurde. Wir möchten als gleichberechtigte Mitglieder der Gesellschaft angesehen werden.“ Vor zehn Jahren hätten Migrantenorganisationen trotz weitreichender Expertise nur geringen Einfluss auf integrationspolitische Entscheidungen gehabt. Ziel sei es gewesen, das zu ändern. „Migrantenorganisationen sind mit unterschiedlichen Strukturen, Aufgaben und Zielsetzungen in nahezu allen Bereichen der Sozialen Arbeit tätig. Wir wollten uns auch in die Planung und Umsetzung sozialpolitischer Maßnahmen einbringen.“ Das tut das Forum, kurz FdM, seither laut vernehmlich, jüngst beispielsweise mit einem offenen Brief zur Leitkulturdebatte an Innenminister Thomas de Maizière oder mit einem Positionspapier zur Bundestagswahl. „Wir setzen uns ein für ein weltoffenes, tolerantes und diskriminierungsfreies Deutschland“, so Küçük.

Das FdM sei inzwischen eine feste Größe der Integrationspolitik und sowohl inner- als auch außerverbandlich von großer Bedeutung. „Das Forum hat die Arbeit und das Profil des Gesamtverbands geschärft“, betonte Verbandsvorsitzender Professor Dr. Rolf Rosenbrock. Von damals 42 auf inzwischen über 200 Migrantenselbstorganisationen rasant gewachsen sei es eine starke, vielfältige Gemeinschaft innerhalb des Verbandes, die unter anderem wichtige Impulse für die interkulturelle Öffnung gesetzt und viele wichtige Projekte ermöglicht habe. UB



Kenan Küçük, Sprecher des Beirats des FdM (rechts), mit Staatsministerin Aydan Özoğuz, dem Nordrhein-Westfälischen Staatssekretär Thorsten Klute und Verbandsvorsitzendem Rolf Rosenbrock. Foto: Martin Wisskirchen

Ende der inhumanen Abschiebepolitik gefordert

Der Paritätische Gesamtverband hat in einem Brief an die Innenminister und -senatoren des Bundes und der Länder ein Ende der inhumanen Rückführungs- und Abschiebepolitik gefordert. Darin heißt es unter anderem, Abschiebungen in Kriegs- und Krisenregionen wie etwa Afghanistan oder den Irak dürften nicht stattfinden, da sie eine akute Gefahr für Leib und Leben der Betroffenen darstellten. Die beschlossene Neubewertung der Sicherheitslage in Afghanistan sei insofern ein Schritt in die richtige Richtung, reiche aber offensichtlich nicht aus, um Forderungen der Innenminister nach weiteren Abschiebungen in Kriegs- oder Krisengebieten zu beenden. Den vollständigen Brief finden Interessierte auf www.der-paritaetische.de in den Fachinformationen – Migration und Flucht.

„Für ein offenes Europa ohne Obergrenzen für Flüchtlinge“

Der Paritätische Gesamtverband hat gemeinsam mit PRO ASYL, Jesuiten-Flüchtlingsdienst, Republikanischem Anwaltsverein und Neuer Richtervereinigung an die Staats- und Regierungschefs der EU appelliert, für ein offenes Europa für Flüchtlinge einzutreten. Die Organisationen warnen vor einer Abwälzung der Verantwortung für Flüchtlinge an Drittstaaten, in denen Flüchtlinge der Rechtsunsicherheit und Aussichtslosigkeit ausgesetzt werden. Die EU trage dazu bei, dass sich der auf den universellen Menschenrechten aufbauende Flüchtlingsschutz einschneidend wandele und sich immer mehr Staaten ihrer Verantwortung entzögen, kritisieren die Organisationen. Die Gemeinsame Erklärung „Für ein offenes Europa ohne Obergrenzen für Flüchtlinge“ mit konkreten politischen Forderungen steht auf www.der-paritaetische.de inder Rubrik Stellungnahmen und Positionen.

Präsentation des Paritätischen Jahresgutachtens. In der Mitte: Verbandsvorsitzender Professor Dr. Rolf Rosenbrock, rechts Dr. Joachim Rock, Leiter der Abteilung Arbeit, Soziales und Europa beim Paritätischen Gesamtverband, und links Mara Dehmer, Referentin für Kommunale Sozialpolitik. Foto: Denise Zimmermann

Paritätisches Jahresgutachten zur sozialen Lage in Deutschland:

Armut verbaut immer mehr Menschen die Chance auf einen sozialen Aufstieg

Das zentrale Versprechen der sozialen Marktwirtschaft lautet: Wer sich anstrengt und sich bildet, kann auch sozial aufsteigen. Doch dies gilt in unserem Land für immer weniger Menschen. Die Wohlstandsentwicklung geht an Teilen der Gesellschaft komplett vorbei. Armut und Ungleichheit reduzieren deren Teilhabemöglichkeiten und blockieren die Chancen auf sozialen Aufstieg. Deutschland entfernt sich damit immer mehr von Kernelementen der sozialen Marktwirtschaft, lautet der Befund des Jahresgutachtens des Paritätischen Gesamtverbandes zur sozialen Lage in Deutschland.

Der Bundesregierung sei es trotz der guten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen nicht gelungen, Armut und Ungleichheit spürbar zu reduzieren und mehr soziale Aufwärtsmobilität zu ermöglichen, so das Ergebnis zahlreicher Studien, die der Paritätische für das Jahresgutachten mit dem Titel „Abschied vom Aufstieg!?“ ausgewertet hat. „Klar geworden ist: Was gut für die Wirtschaft ist, ist noch lange nicht gut für alle“, betonte Professor Dr. Rolf Rosenbrock, Vorsitzender des Paritätischen Gesamtverbands, bei der Präsentation des Jahresgutachtens.

Der wachsende Wohlstand in Deutschland komme keineswegs allen zugute, sondern konzentriere sich in den Händen weniger. Die unteren gesellschaftlichen Gruppen erlitten sogar Verluste; sie hätten häufig Schulden statt Vermögen. „Ungleichheit und die Blockade von Aufstiegschancen werden immer mehr zu einer Bedrohung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt“, warnte Rosenbrock. „Es droht tatsächlich die Abstiegsgesellschaft.“

Der soziale Ausgrenzungsprozess beginne bereits in der Kindheit. „Die seit Jahren relativ stabile Zahl von etwa 2,5 Millionen Kindern und Jugendlichen, die an oder unter der Armutsgrenze leben, bestätigt nachdrücklich nicht nur das Versagen der bestehenden Sicherungssysteme, sondern auch das fehlende Interesse, daran etwas zu ändern“, so Rosenbrock. Armutsgefährdung führe einer der ausgewerteten Studien zufolge bei Schülerinnen und Schülern tendenziell zum Besuch einer niedrigeren Schulart, vielfach auch aus dem Grund, dass Eltern höhere Kosten in Verbindung mit dem Abitur scheuten. Insbesondere Mädchen werde ein höherer Abschluss deshalb oft verwehrt. „Die öffentlichen Bildungsinstitutionen von Kita bis Universität scheitern bislang an der Aufgabe, die sozial produzierte Ungleichheit zu kompensieren. Im Gegenteil verschärfen sie vielfach die soziale Ungleichheit weiter“, sagte der Verbandsvorsitzende. Das sogenannte Bildungs- und Teilhabepaket für Kinder und Jugendliche aus einkommensschwachen Haushalten komme bis heute nicht an. Eine grundlegende Reform mit einer echten Bildungsoffensive stehe aus und werde bis heute nicht angepackt.

> Der Verband fordert eine „Agenda des Sozialen“ und einen rigorosen Kurswechsel in der Steuer- und Finanzpolitik.

Der Paritätische fordert in seinem Jahresgutachten eine „Agenda des Sozialen“, die unter anderem eine nachhaltige Bildungsoffensive und einen >>

sozialen Arbeitsmarkt umfasst, der langzeitarbeitslosen Menschen wieder die Möglichkeit gibt, sich über eigene Arbeit ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Denn trotz der positiven Entwicklung am Arbeitsmarkt – insbesondere der Zunahme der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung – liegt die Zahl der Langzeitarbeitslosen immer noch bei nahezu einer Million. Hartz IV, so Rolf Rosenbrock, sei für die Betroffenen eine Sackgasse. Fast 60 Prozent der Leistungsberechtigten seien länger als vier Jahre im System. Hartz IV gewährleiste zudem weder ein ausreichendes Existenzminimum noch biete es geeignete Angebote, um wieder aus der Grundsicherung zu entkommen. Der Paritätische fordert daher in der „Agenda des Sozialen" auch eine bedarfsgerechte Erhöhung der Leistungen bei Hartz IV sowie bei Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung.
Festzustellen sei darüber hinaus, dass auch längst nicht jede Arbeit Teilhabe und soziale Sicherheit garantiert: Die Zahl der atypisch Beschäftigten wächst insbesondere bei jüngeren Menschen. Atypische Beschäftigung sei jedoch häufig prekär und mit akuter und drohender Armut verbunden, wie Rolf Rosenbrock betonte. Die Arbeitslosenversicherung komme inzwischen nicht einmal mehr einem Drittel der Arbeitslosen zugute und verweise die übergroße Mehrheit auf das Hartz-IV-System. Der Anteil der Menschen, die trotz Arbeit arm sind, liege bei fast zehn Prozent der Bevölkerung.

Rentenniveau wieder auf 53 Prozent anheben

Die Arbeitslosenversicherung müsse so ausgestaltet werden, dass sie im Falle der Arbeitslosigkeit in der Regel wieder greife und auch Versicherte aus dem Niedriglohnsektor nicht in Hartz IV fallen, fordert der Verband. Darüber hinaus müsse auch das Rentenniveau wieder auf 53 Prozent angehoben werden, damit es für alle, die über Jahrzehnte gearbeitet und Beiträge eingezahlt haben, wieder zu einem Garanten für ein auskömmmliches Einkommen im Alter werde. Die Grundsicherung im Alter müsse ebenfalls armutsfest ausgestaltet werden.
Dr. Joachim Rock, der Autor des Paritätischen Jahresgutachtens, kritisierte, dass es in der Politik an entschlossenen Schritten mangele, Armut und Ungleichheit tatsächlich wirksam zu bekämpfen. Die Chancen, die eine gute Wirtschaftslage biete, seien bislang nicht genutzt worden. Um die vom Verband geforderte offensive Sozialpolitik zu finanzieren, sei ein konsequentes Umsteuern in der Steuerpolitik angesagt. So müsse die Erbschaftssteuer so gestaltet werden, dass sie bei 300 Milliarden Euro, die alljährlich vererbt werden, auch zu nennenswerten Steuereinnahmen führt. Die Vermögenssteuer müsse reaktiviert und die Spitzensteuersätze bei der Einkommenssteuer deutlich angehoben werden. UB

Das Jahresgutachten finden Interessierte im Internet auf www.der-paritaetische.de.

BAGFW-Spitzentreffen mit der Bundeskanzlerin

Die Integration geflüchteter Menschen als gesellschaftliche Aufgabe war eines der Schwerpunktthemen beim Spitzentreffen von Vertretern der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege mit Bundeskanzlerin Angela Merkel. Professor Dr. Rolf Rosenbrock betonte unter anderem, dass die Aussetzung der Familienzusammenführung für subsidiär Geschütze eine massive Beeinträchtigung des grundgesetzlich geschützten Rechts auf Familienleben zur Folge habe. Eine Verlängerung dieser Regelung über 2018 hinaus dürfe es nicht geben. Außerdem bekräftigte er die Forderung nach fairen Asylverfahren und unabhängiger Verfahrensberatung für Flüchtlinge und hob die Notwendigkeit des Einsatzes von Sprachmittlerinnen und Sprachmittlern im Gesundheitsbereich hervor. Foto: Bundesregierung | Sandra Steins

Kinder von Inhaftierten sind nahezu unsichtbar

Schätzungen zufolge sind in Deutschland 100.000 Kinder jährlich von der Inhaftierung eines Elternteils betroffen. Doch sie sind bisher eine nahezu unsichtbare Gruppe. Der Paritätische Gesamtverband fordert daher, Kinder von Inhaftierten als eigenständige, spezifisch gefährdete Zielgruppe mit besonderen Bedürfnissen und entsprechendem Hilfebedarf wahrzunehmen. Hierfür ist es nötig, über eine bundesweite, einheitliche Datenerhebung Angaben über die Situation von Kindern und Angehörigen und deren spezifische Bedarfe zu erhalten.

Unter dem Titel „Mitgefangen. Kinder in besonderen Lebenslagen – Elternteil in Haft!“ stand Anfang Juni eine Veranstaltung, bei der Professor Dr. Rolf Rosenbrock, Vorsitzender des Paritätischen Gesamtverbands, betonte: „Maßnahmen in- und außerhalb der Haftanstalt tragen wesentlich dazu bei, Kindern und Angehörigen die krisenhafte Lebenssituation zu erleichtern. Wir fordern deshalb, die Beratung und Unterstützung für Angehörige sicherzustellen. Familien, die unverschuldet in die schwierige Lebenssituation geraten und zugleich der Grundstein für eine erfolgreiche Teilhabe von Inhaftierten in der Gesellschaft sind, müssen unterstützt werden.“

Die Beratungs- und Untestützungsangebote enthalten zwangsläufig Bestandteile, die in der Finanzierungsverantwortung der Jugendhilfe liegen, und jene, die unter die Finanzierungsverantwortung der Justiz fallen. Der Paritätische Gesamtverband fordert deshalb die verbindliche Klärung der Finanzierungsgrundlagen auf Landesebene, um eine flächendeckende Beratung und Unterstützung für Kinder und Familien von Inhaftierten sicherzustellen.

Nach Auffassung des Verbandes muss dafür gesorgt werden, dass Kinder ihre inhaftierten Eltern regelmäßig besuchen können. Die Justizvollzugsanstalten müssten kindzentrierte Angebote in entsprechend eingerichteten Räumlichkeiten vorhalten. Zudem müssten in den Haftanstalten Kinder- und Familienbeauftragte berufen werden.

Anzeige

Gesundheitsschutz in der Behindertenhilfe

Jetzt anmelden zum Fachkongress • • • 4.–6. September 2017 in Hamburg

BGW forum 2017

Begleiten, unterstützen, fördern – das geht am besten, wenn das Arbeitsumfeld stimmt. Was zu einem gesunden und sicheren Arbeiten in Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen beiträgt, zeigt das BGW forum 2017: Vom 4. bis 6. September lädt die Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege nach Hamburg ein.

Der Fachkongress richtet sich sowohl an Leitungen, Fach- und Führungskräfte als auch an Beteiligte im Arbeitsschutz, Interessenvertretungen und Ansprechpersonen aus Politik und Verbänden.

Das erwartet Sie: interessante Praxisbeispiele, konkrete Handlungshilfen und viel Zeit für den Erfahrungsaustausch.

Darum geht es: Gewaltprävention, Führung und Zusammenarbeit, Gefährdungsbeurteilung, Gefahrstoffe, psychische Belastung, Rückengesundheit und vieles mehr. Ein besonderes Augenmerk liegt auch auf dem Bundesteilhabegesetz und auf der Frage, wie Inklusion gelebt werden kann.

Mehr wissen und anmelden: **www.bgwforum.de**

FÜR EIN GESUNDES BERUFSLEBEN

BGW Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege

Impulse für eine soziale Wohnungspolitik

Wohnen gehört zu den existenziellen Grundbedürfnissen eines jeden Menschen. Jedoch hat sich die Situation auf dem Wohnungsmarkt in den letzten Jahren deutlich zugespitzt. Vielerorts fehlt es an bezahlbarem und passendem Wohnraum. Insbesondere Menschen in besonderen Lebenslagen wie obdachlose Menschen, Geflüchtete oder Menschen aus einkommensschwachen Haushalten finden kaum einen ihren Bedürfnissen angemessenen Wohnraum. Viele Menschen werden aus ihrem gewohnten Lebensumfeld verdrängt und müssen ihren Lebensmittelpunkt in Gebiete verlagern, in denen ihre Teilhabechancen beeinträchtigt sein können.

Segregationsprozesse stoppen

Die prekäre Situation auf dem Wohnungsmarkt geht auch zulasten von sozialen Trägern, indem ihnen der Mietvertrag durch renditeorientierte Investoren gekündigt wird. Die Segregationsprozesse auf dem Wohnungsmarkt gefährden den gesellschaftlichen Zusammenhalt und zeigen, dass Wohnungspolitik die soziale Arbeit wesentlich beeinflusst. Vor diesem Hintergrund ist eine stärkere Beteiligung der Wohlfahrtsverbände an wohnungspolitischen Diskursen notwendig mit dem Ziel, Wohnungspolitik mitzugestalten.

Diskussionspapier beschlossen

Der Vorstand des Paritätischen Gesamtverbandes hat daher ein Diskussionspapier für eine soziale Wohnungspolitik beschlossen. Er fordert insbesondere, mehr bezahlbaren und sozial verträglichen Wohnraum zu schaffen. Dazu soll unter anderem der Soziale Wohnungsbau verstärkt, eine neue Wohnungsgemeinnützigkeit eingeführt werden und die Bodenvergabe verstärkt nach sozialen Kriterien erfolgen. Eine weitere wohnungspolitische Forderung ist die Gewährleistung gleichberechtigter Zugänge zu Wohnraum. Besondere Bedarfsgruppen müssen besser berücksichtigt und verstärkt barrierefreier Wohnraum zur Verfügung gestellt werden. Der Paritätische fordert die Sicherung bestehenden Wohnraums. Dazu ist erforderlich:

- Die Prävention von Wohnungsverlust muss verstärkt werden.
- Die mietrechtliche Situation sozialer Träger zum Schutz vor Kündigungen muss verbessert werden.
- Das Wohngeld muss dynamisch an die Wohnkostenentwicklung angepasst werden.
- Die Angemessenheitsgrenzen der Kosten der Unterkunft müssen realitätsgerecht definiert werden.
- Die Energiekosten müssen sozial gestaltet werden.

Inklusives Gemeinwesen fördern

Im Sinne einer ganzheitlichen sozialen Wohnungspolitik ist die Förderung eines inklusiven Gemeinwesens ein weiteres Anliegen. Dieses sollte durch die Gestaltung der Nachbarschaften in städtischen und ländlichen Räumen und die Förderung der Mobilität von einkommensschwachen Haushalten forciert werden.

Armutsfeste und solidarische Alterssicherung schaffen

Der Paritätische macht sich für ein armutsfestes und solidarisches Alterssicherungssystem stark. In einem vom Verbandsrat beschlossenen Positionspapier heißt es: „Es bedarf einer umfassenden Neuausrichtung der Sozialpolitik, um nicht nur Altersarmut wirksam zu bekämpfen sondern ein leistungsfähiges und sozial gerechtes Alterssicherungssystem aufzubauen.“ Die Gesetzliche Rentenversicherung müsse zu einer Erwerbstätigenversicherung weiterentwickelt werden, die auch Selbstständige, bisher in berufsständischen Versorgungswerken Versicherte oder im Beamtenverhältnis beschäftigte einbezieht. Das Sicherungsniveau der Rentenversicherung vor Steuern soll auf das vor der Riester-Reform bestehende Niveau von 53 Prozent angehoben werden.

Paritätischer für Kindergrundsicherung

Noch immer steigt die Kinderarmut in Deutschland. Die betroffenen Kinder sind meist nicht nur materiell benachteiligt, sondern auch sozial isoliert und gesundheitlich beeinträchtigt. Betroffen sind insbesondere die Kinder von Alleinerziehenden oder Kinder aus Mehrkindfamilien. Die bestehenden monetären Leistungen für Familien reichen nicht aus, um das Existenzminimum eines Kindes zu sichern. Kinder sollten aber weder in Armut leben müssen noch zum Armutsrisiko für ihre Eltern werden. Sie sollten in sicheren Verhältnissen aufwachsen und Entwicklungs- und Teilhabechancen haben sowie Zukunftsperspektiven entwickeln können. Hierfür ist auch eine bessere monetäre Unterstützung und Förderung von Familien unabdingbar. Vor diesem Hintergrund spricht sich der Paritätische Gesamtverband für die Einführung einer Kindergrundsicherung aus. Dafür soll gelten:

- Die Kindergrundsicherung erhalten alle Eltern minderjähriger und privilegiert volljähriger Kinder (unterhaltsberechtigte volljährige Kinder).
- Die Höhe der Leistung orientiert sich an den steuerlichen Freibeträgen für Kinder.
- Um die Kindergrundsicherung sozial gerecht beziehungsweise entsprechend der finanziellen Leistungsfähigkeit der Eltern zu gestalten, soll sie bei steigendem Einkommen faktisch abgeschmolzen werden bis zum Entlastungsbetrag für Spitzenverdiener durch Nutzung des Kinderfreibetrages.

Die Umsetzung der Pflegereformen in der Praxis – eine Bestandsaufnahme

Wie wirken die Pflegestärkungsgesetze I bis III? Wo sind noch Verbesserungen nötig?

In den vergangenen drei Jahren sind drei große Pflegereformen (die Pflegestärkungsgesetze I – III) über das Land gezogen, wodurch die Leistungsbeträge zum Teil erheblich angehoben und die Leistungen und die Inanspruchnahme ein gutes Stück erweitert und flexibilisiert worden sind. Das kostet aber auch Geld. Mit den Reformen wurde der Beitragssatz insgesamt um 0,55 Prozentpunkte angehoben, was circa sechs Milliarden Euro mehr in die Pflegekassen spült. Die Erwartungen – nicht nur in der Politik und bei der Bevölkerung – sind entsprechend groß: Alle Pflegebedürftigen sollen eine bessere Versorgung erhalten, niemand soll im Zuge der Änderungen schlechter gestellt werden. Dies ist das Generalversprechen. Können diese Erwartungen erfüllt werden?

Was ändert sich durch die Reformen für Pflegekräfte?

Pflegekräfte müssen ihr Handwerk nicht neu erlernen, sollen aber endlich Rahmenbedingungen vorfinden, um die Lebenswelt der Pflegebedürftigen besser einzubeziehen. Mit dem neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff soll in Zukunft das enge Korsett von verrichtungsbezogenen Maßnahmen und Tätigkeiten abgelegt werden. Das heißt, statt der Orientierung an einem starren Leistungskatalog, sollen die Aufgaben problemorientiert erbracht werden können. Darüber hinaus werden die Unterstützung im Bereich der Kommunikation sowie der Bereich der Anleitung, Edukation und Beratung gestärkt. Hier geht es um die Integration der pflegefachlichen Anleitung und Edukation als Kernelement zur Förderung und zum Erhalt der Selbstständigkeit. Pflegekräfte werden sich gerade in diesem Bereich weiterentwickeln müssen. Viele dieser Aufgaben werden heute schon (häufig informell) erbracht, weil sie einfach den Anforderungen vor Ort entsprechen. Wenn die Verträge also gemäß dem neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff geändert werden, schafft das eine klare Grundlage und Pflegedienste beziehungsweise ihre Mitarbeiter müssen sich nicht mehr „verbiegen“.

Mit Blick auf die ambulante Pflege muss festgestellt werden, dass Pauschalen alleine nicht mehr zeitgemäß sind. Viele dieser Aufgaben lassen sich besser nach der tatsächlichen Zeit abrechnen. Daher setzt sich der Paritätische dafür ein, dass in den Ländern Zeitvergütungsmodelle vereinbart oder fortentwickelt werden. Richtig umgesetzt, kann dies letztlich auch für Pflegekräfte bedeuten, dass sie „mehr Zeit“ für die Versorgung haben und damit zufriedener zur Arbeit gehen. Die Pflegestärkungsgesetze I bis III haben auf den bestehenden Pflegenotstand keinen direkten Einfluss, auch wenn die Refinanzierung tariflicher und tarifähnlicher Löhne nun gesetzlich festgeschrieben ist.

Warnung vor Entwicklung der Einrichtungen zu „Siechenheimen“

In vollstationären Einrichtungen könnte es mittelfristig zu einer Heimbewohnerstruktur kommen, die mehr

Die Pflegestärkungsgesetze I – III sollen die Situation von Pflegebedürftigen, Angehörigen sowie Menschen, die in der Pflege arbeiten, verbessern. Bild: Fotolia – thodonal

noch als heute sehr stark pflegebedürftig ist. Die Arbeitsbedingungen werden hier folglich härter. Das liegt an den aus Verbandssicht zu niedrigen Leistungen der Pflegeversicherung in den unteren Pflegegraden. Der Paritätische hat diese Entwicklung im Gesetzgebungsverfahren scharf kritisiert und vor „Siechenheimen“ gewarnt.

In der Hilfe zur Pflege werden Personengruppen vergessen:

Der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff wird im Sozialgesetzbuch XII weitgehend übertragen, allerdings führt diese Erweiterung auch dazu, dass es keine „weitergehenden Leistungen“ oder „andere Verrichtungen“ mehr gibt. Im Gegensatz zum bisherigen Recht gelten als pflegebedürftig im Sinne der Hilfe zur Pflege nur solche Personen, die in einen Pflegegrad eingestuft werden. Personen, die im Begutachtungsverfahren weniger als 12,5 Gesamtpunkte erhalten und daher keinen Pflegegrad erreichen, erhalten keine Leistungen der Hilfe zur Pflege. Ebenfalls weggefallen ist, dass sich der Hilfebedarf auch auf andere Verrichtungen beziehen kann. Pflegebedürftige haben seit Januar 2017 unterhalb von Pflegegrad 2 keinen Anspruch auf Leistungen der Hilfe zur Pflege in vollstationären Pflegeeinrichtungen, in Pflegegrad 1 sind die Leistungen mit einem geringen Betrag gedeckelt, wodurch das bisherige Bedarfsdeckungsprinzip ausgehöhlt ist. Diese durch das PSG III neu entstandene Leistungslücke betrifft sowohl Nichtversicherte als auch Versicherte mit ergänzender Hilfe zur Pflege.

Fachwelt registriert kaum die Arbeit des neuen Qualitätsausschusses

Der Gesetzgeber hat die Selbstverwaltung unter anderem zur Überarbeitung der Qualitätsprüfinstrumente und der Ergebnisdarstellung in die Pflicht genommen. Es geht nicht zuletzt um die Reform des Pflege-TÜV. Sowohl für den stationären als auch den ambulanten Bereich sind umfassende Projekte vergeben worden, welche in den kommenden Jahren den gesamten Qualitätsbereich umkrempeln und das Thema Qualität weiter voranbringen werden.

Ohne mehr Personal keine grundlegende Verbesserung

Das A und O dieser Pflegereformen liegt in der Verbesserung der Grundlagen für die Versorgung. Das heißt: mehr Zeit beziehungsweise mehr Personal. Die Mehrpersonalisierung im vollstationären Bereich kommt aber nur schwer in Gang.

Seit 1996 gibt es höhere Anforderungen in Pflegeheimen. Gleichzeitig bewegen sich die Personalschlüssel aber noch häufig auf dem Niveau der 1990er Jahre. Erst jetzt, im Zuge der Einführung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs, kommt etwas Bewegung in die Sache, denn der Paradigmenwechsel durch den neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff bedeutet: bessere Personalausstattung. Wenn nicht nur Personen mit eingeschränkter Alltagskompetenz eine bessere Versorgung erhalten sollen (diese bekommen sie nur, wenn mehr Pflegekräfte zur Verfügung stehen), sondern auch die Gruppe der rein somatischen Pflegebedürftigen, ist eine Anhebung der Personalschlüssel alternativlos. Die Erhöhung der Personalschlüssel beziehungsweise die tatsächliche Umsetzung ist aber eher verhalten und erreicht nicht das benötigte Niveau. Die Gründe sind vielfältig: Umschichtungen, Kosten, Mangel an Pflegekräften etc.

> Das A und O dieser Pflegereformen liegt in der Verbesserung der Grundlagen für die Versorgung.

Was passiert bis 2020?

Parallel zu dieser Entwicklung wird ein Verfahren zur einheitlichen Bemessung des Personalbedarfs in Pflegeeinrichtungen nach quantitativen und qualitativen Maßstäben entwickelt. Ergebnisse sollen bis spätestens 2020 vorliegen. Die Frage, was bis 2020 passiert, bleibt derweil unbeantwortet. Aus Sicht des Paritätischen muss in diesem Zeitraum bereits jede Möglichkeit genutzt werden, um Personal aufzustocken. Auch sollte die Zeit genutzt werden, um die mit der Umsetzung eines Personalinstruments verbundenen Fragen der Finanzierung zu lösen.

Kaum Stärkung kommunaler Aufgaben

Die Stärkung der Rolle der Kommunen in der Pflege folgt der Erkenntnisgrundlage, dass Pflege als Teil der Daseinsvorsorge eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist. Ziel ist es, Sozialräume so zu entwickeln, dass pflegebedürftige Menschen so lange wie möglich in ihrem gewohnten Umfeld bleiben können. Leider wird mit dem PSG III die Stärkung der Rolle der Kommunen vor allem auf den Bereich der Beratung konzentriert. Für eine angemessene, wohnortnahe und aufeinander abgestimmte, miteinander verzahnte Beratungs-, Versorgungs- und Unterstützungslandschaft sowie für eine bedarfsgerechte Infrastruktur müssen die Kommunen Verantwortung in den relevanten Feldern für ihre originären Aufgaben der Koordination, Vernetzung, Planung und Steuerung übernehmen. Alle bereichsrelevanten Akteure und vorhandenen Strukturen sind mit einzubeziehen. An gewachsenen Strukturen muss angeknüpft werden. Das zieht die Einbindung der Wohlfahrtsverbände und der Betroffenenverbände in sektorenübergreifende und regionale Ausschüsse nach sich. Ziel ist Gestaltung einer wohnortnahen Versorgung und nicht die bloße Steuerung von Leistungen.

Weiteres zum Thema im Beitrag auf der nächsten Seite

Thorsten Mittag, Referent für Altenhilfe und Pflege beim Paritätischen Gesamtverband

Pflegestärkungsgesetze – Wo bleibt die Stärkung der beruflich Pflegenden?!

Herzstück der Pflegestärkungsgesetze waren vor allem Verbesserungen für Pflegebedürftige – für professionell Pflegende bleibt die Gesetzgebung jedoch ohne Wirkung.

Als bedeutendste Reform der Pflegeversicherung seit ihrer Gründung 1995 gilt das seit Januar 2016 geltende zweite Pflegestärkungsgesetz (PSG II). Zum 1. Januar 2017 sind in einem zweiten Schritt weitere, zentrale Punkte des PSG II in Kraft getreten und wirksam geworden: Der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff, die neuen Pflegegrade und das damit einhergehende Neue Begutachtungsassessment (NBA). Vor allem Pflegebedürftige und ihre Bezugspersonen profitieren künftig von Leistungsverbesserungen und -ausweitungen.

Beratungsaufwand steigt

Gleichwohl klafft hier noch eine große Lücke zwischen theoretisch gut gewollter gesetzlicher Ausrichtung auf Bundesebene und der Umsetzung auf Landesebene und somit letztlich in den voll- und teilstationären Einrichtungen sowie Ambulanten Pflegediensten. Denn die angespannte Lage für beruflich Pflegende dürfte sich angesichts der Neuerungen weiter verschärfen und der pflegerische Aufwand in den vollstationären Einrichtungen und Ambulanten Pflegediensten zunehmen. Denn unter anderem wird der Beratungsaufwand der Pflegebedürftigen, ihrer Bezugspersonen und Angehörigen erheblich steigen– dies alles bei sowieso schon akut zunehmendem Personalmangel.

Was bleibt also für die beruflich Pflegenden? Für sie bleibt das Dilemma von zu wenig Personal und einer noch immer nicht ausreichenden Bezahlung. Es bleibt das Dilemma der Parallelität der verschiedenen Pflegeberufe: Gesundheits- und Krankenpflege, Gesundheits- und Kinderkrankenpflege sowie Altenpflege.

Pflegeberufe reformiert?

Die Pflegestärkungsgesetze haben vor allem die Pflegebedürftigen sowie Angehörigen und Bezugspersonen in den Mittelpunkt gestellt. Für die beruflich Pflegenden ist dagegen noch viel zu tun. Es ist nötig, die entscheidenden Verbesserungen der Rahmenbedingungen in der Pflege anzugehen: Eine von diesen ist zweifelsohne das Pflegeberufereformgesetz, das vorsieht, die Ausbildungen für Gesundheits- und Kranken-, Gesundheits- und Kinderkranken- sowie Altenpflege zusammenzulegen. Dieses für die Pflege so wichtige Vorhaben hat der Bundestag am 22. Juni in der 2. und 3. Lesung beschlossen. Das durchschaubare politische Kräftemessen hat jedoch Aufweichungstendenzen zur Folge, die zu schweren „inhaltlichen“ Verlusten auf allen Seiten geführt haben: Beginnend ab dem Jahr 2020 werden alle Auszubildenden für mindestens zwei Jahre „generalistisch“ ausgebildet, bevor sie sich mit Vertiefungseinsätzen im Bereich der pädiatrischen Versorgung oder alternativ im Bereich der Altenpflege im letzten Ausbildungsdrittel für die speziellen Abschlüsse in der Gesundheits- und Kinderkrankenpflege oder in der Altenpflege entscheiden können.

Durch Lobbyisten ist das Ziel der Bundesregierung, den Pflegeberuf zukunftsgerecht zu einem modernen, gestuften und durchlässigen Pflegebildungssystem weiterzuentwickeln, ausgehöhlt worden. Die Zukunft der Pflege wird ausbaden müssen, was das politische Kräftemessen der Vertreter von Eigeninteressen erreicht habt: den Erhalt eines „Status quo“, der die Lösung der immensen Probleme demografisch bedingter Veränderungen endgültig blockiert und ausschließlich an Partialinteressen ausrichtet.

Arbeitsbedingungen verbessern

Die Arbeitsbedingungen, unter denen Pflegende tätig sind, müssen dringend verbessert werden. Wir brauchen vor allem eine sinnvolle Neuverteilung von Aufgaben, die sich nach Kompetenzen der „neuen“ Ausbildung ergeben und nicht mehr nach Hierarchien. Vereinfacht ausgedrückt sollten beruflich Pflegende selbstständig jene Tätigkeiten in der Praxis ausführen dürfen, die sie auch in ihrer Ausbildung gelernt haben. Die Entscheidung etwa, welches Hilfsmittel ein Patient benötigt, kann eine Pflegefachperson zuverlässig selbst treffen, ohne Rücksprache mit dem Arzt halten zu müssen – der in solchen Fällen sowieso auf die Expertise der beruflich Pflegenden vertraut. Substitution und Delegation müssen also konsequent genutzt werden. Die arztzentrierte Verteilung von Aufgaben muss künftig der Vergangenheit angehören.

Achim Uhl,
Bereichsleitung
Ältere Menschen
und Pflege beim
Paritätischen
Baden-Württemberg

Das Bündnis Reichtum Umverteilen setzt im Wahljahr 2017 auf soziale Gerechtigkeit und hat zum Bundestagswahlkampf die Kampagne „Reichtum umverteilen – ein gerechtes Land für alle!“ gestartet.

REICHTUM UMVERTEILEN

Insgesamt 30 Organisationen, von Gewerkschaften über Wohlfahrts- und Jugendverbände bis hin zu Migranten- und Umweltorganisationen, haben sich im Bündnis zusammengeschlossen. Strategisches Ziel ist es, neben der Frage der sozialen Gerechtigkeit die Steuer- und Umverteilungspolitik in den Mittelpunkt des Wahlkampfs zu rücken. Gefordert werden unter anderem die stärkere Besteuerung finanzstarker Unternehmen sowie großer Vermögen, Einkommen und Erbschaften.

Steuerpolitische Kehrtwende nötig

„Die soziale Spaltung hat ein Ausmaß angenommen, das unerträglich ist“, sagte Frank Bsirske, der Vorsitzende der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), bei der Vorstellung der Kampagne. Seit Jahrzehnten nähmen weltweit und in Deutschland soziale Ungleichheit, Unsicherheit und Ungerechtigkeit zu. Zentraler Schlüssel für eine gerechtere und bessere Politik für alle sei eine steuerpolitische Kehrtwende. Deshalb müssten Millionäre und Milliardäre stärker zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben herangezogen werden, so Bsirske. Dem enormen privaten Reichtum stehe eine massive öffentliche Armut gegenüber, die in immer mehr Kommunen deutlich sichtbar werde.

Dr. Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbands, betonte: „Deutschland fährt auf Verschleiß. Aus finanzieller Not werden vielerorts Ausgaben für Kultur, Soziales und Bildung über die Schmerzgrenze hinaus zusammengestrichen. Eine solidarische Steuer- und Finanzpolitik ist letztlich die Nagelprobe und der Glaubwürdigkeitstest für einen jeden, der mit dem Versprechen eines guten Sozialstaats und mehr sozialer Gerechtigkeit antritt.“

Bezahlbarer Wohnraum fehlt

Dass die zunehmende soziale Spaltung der Gesellschaft sich auch auf den Wohnungsmärkten zeige, hob Ulrich Ropertz, Geschäftsführer des Deutschen Mieterbundes hervor. „Wir brauchen dauerhaft preisgebundene Sozialwohnungen, mindestens 80.000 zusätzlich im Jahr, daneben ein bedarfsgerechtes Wohngeld sowie die Übernahme tatsächlich angemessener Wohnkosten bei den Regelsätzen in Hartz IV“, forderte Ropertz. „Auch deshalb müssen finanzstarke Konzerne, große Vermögen, Milliardäre oder Millionäre stärker als bisher an den Kosten des Gemeinwohls beteiligt werden. Reichtum umverteilen heißt, Steuergerechtigkeit herstellen, Steuerschlupflöcher schließen und Steueroasen trockenlegen.“

Bedrohung für den Zusammenhalt der Gesellschaft

Die ungleiche Vermögensverteilung gehe weltweit einher mit ungleichen Machtverhältnissen und sei damit auch in Deutschland eine ernstzunehmende Bedrohung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, warnt das Bündnis. Barbara Eschen, Sprecherin der Nationalen Armutskonferenz und Direktorin der Diakonie Berlin-Brandenburg, betonte: „Deutschland ist ein reiches Land. Umso skandalöser ist es, dass so viele Menschen in Deutschland abgehängt sind, weil sie arm sind. Der Reichtum in Deutschland muss umverteilt werden. Und es muss endlich Schluss damit sein, verschiedene Gruppen von Bedürftigen gegeneinander auszuspielen.“

Mehr Informationen finden Interessierte auf www.reichtum-umverteilen.de.

Gesamtkonzept gegen Armut und Ausgrenzung gefordert

Anlässlich der Vorlage des Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung hat der Paritätische ein Gesamtkonzept gegen Armut und Ausgrenzung und für sozialen Zusammenhalt gefordert.

Der Armuts- und Reichtumsbericht dokumentiere beispielsweise, dass 84 Prozent der Bevölkerung zwischen 2010 und 2015 eine Zunahme von Armut festgestellt hätten und dass in der Vergangenheit auch Kinderarmut und Ungleichheit gewachsen seien. Die Bundesregierung formuliere in ihrer erstmals veröffentlichten Schlussfolgerung dennoch nur wenige, unzusammenhängende Vorschläge dagegen.

Der Bericht belege zwar faktenreich die zunehmende Ungleichheit von Einkommen und Vermögen, zu deren Bekämpfung biete er jedoch nur ein „Sammelsurium von Konjunktiven“, kritisiert der Verband. „Der Umfang der sozialen Polarisierung steht in einem krassen Gegensatz zu den nun veröffentlichten Plänen und angekündigten Maßnahmen der Bundesregierung. Es wird nicht erkennbar, dass die Bundesregierung Armut entschieden bekämpfen will“, kritisierte Dr. Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbandes.

Bilderbuch für Kinder von Eltern in Haft

„Treffpunkt e. V.“ in Nürnberg hat ein Vorlesebuch mit dem Titel „Wie Schokopudding und Spaghetti“ herausgegeben. Der Verein engagiert sich deutschlandweit für Kinder von Inhaftierten. Das von der Aktion Mensch geförderte Buch soll gerade für jüngere Kinder den Umgang mit der schwierigen Lebenssituation erleichtern, die aus der Haft eines Elternteils resultiert. Das Buch ist gedacht für Kinder im Alter zwischen drei und sechs Jahren.

In „Wie Schokopudding und Spaghetti“ wird die Geschichte des kleinen Zebras Juki erzählt, dessen Vater im Gefängnis ist. Zusammen mit seiner Mutter darf Juki ihn dort besuchen. Die Gefühle, die dabei hochkommen, sind nicht so leicht zu sortieren. Das Buch ermöglicht eine kindgerechte Beschäftigung mit dem schwierigen Thema der Inhaftierung. Es kann sowohl zur Gruppenarbeit als auch zur Einzelarbeit mit betroffenen Kindern genutzt werden. Es unterstützt pädagogische Fachkräfte ebenso wie Eltern, die vor der schwierigen Aufgabe stehen, die Inhaftierung kindgerecht zu erklären. Dafür gibt es Begleitmaterial, Hintergrundinformationen und Tipps, die mit dem Buch geliefert werden.

Alles zusammen kann gegen eine Gebühr von 4,99 Euro bestellt werden bei: Treffpunkt e. V.
Tel.: 0911/274769-0
E-Mail: fw@treffpunkt-nbg.de
www.treffpunkt-nbg.de.

Lebenswirklichkeit von Studierenden

Mit welchen Sorgen und Nöten sind Studierende konfrontiert? Welche Freuden und Möglichkeiten bietet das Studi-Leben? Ist die Hochschule ein Kampfgebiet, in dem um Credit-Points und das Wohlwollen der Professor/-innen gestritten wird? Oder ist es ein Ort der Gemeinschaft, an dem sich Gleichgesinnte austauschen können? Das wollte das Deutsche Studentenwerk im Rahmen seines 31. Plakatwettbewerbs wissen. Es bat Design-Studierende aus ganz Deutschland, ihre Sicht auf die „Lebenswelt Hochschule“ darzustellen. Das Thema wurde mit großem Interesse aufgenommen: 381 Design-Studierende von 30 Hochschulen reichten insgesamt 706 Plakate beim DSW ein – ein neuer Teilnahmerekord! Niklas von Winterfeld von der Hochschule Mannheim gewann mit seinem Plakat „Akademikerhaushalt“ (oben) den ersten Preis. Die 30 besten Plakate werden in einer Wanderausstellung präsentiert. Näheres dazu steht auf www.studentenwerke.de. Wie die wirtschaftliche und soziale Lage der 2,8 Millionen Studierenden in Deutschland aussieht, wie sie ihr Studium finanzieren und wie viel Zeit sie darauf verwenden, ist Thema der regelmäßigen Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks und des Deutschen Zentrums für Hochschul- und Wissenschaftsforschung. Neueste Ergebnisse finden Interessierte auf www.sozialerhebung.de.

Werbung für Vielfalt und Inklusion

„bunt ist schöner“ heißt eine Poster-Serie über Vielfalt und Inklusion, die sich für Respekt vor unterschiedlichen Lebensweisen einsetzt. Die Poster können sich Interessierte von der Seite http://kassandra.erinatranslations.de herunterladen und ausdrucken. Gute Drucke in DIN A3 seien in vielen Copy-Shops schon für einen Euro oder weniger zu haben, betont Kassandra Ruhm, Initiatorin der Aktion, die ein Jahr dauern soll.

Inklusive Emojis fürs Smartphone

Lachende Gesichter, winkende Hände oder eine Sahnetorte – mit Emojis ergänzen viele Menschen ihre Texte, die sie auf dem Smartphone schreiben. Aber: Wenn es um das Thema Behinderung ging, endete die Fantasie in der digitalen Unterhaltung bisher. Um mehr Vielfalt in die Emoji-Welt zu bringen, hat die Aktion Mensch die Tastatur-App Inklumoji entwickelt. Ob Schneemann im Rollstuhl oder inklusives Liebespaar – in der kostenlosen App kann man aus mehr als 20 kleinen Bildzeichen das passende auswählen.

Die App „Inklumoji“ gibt es kostenlos im App Store oder im Google Play Store.

www.aktion-mensch.de/inklumoji.html

Das Aufwachsen im Kinderdorf erforscht

Was stärkt junge Menschen in der stationären Erziehungshilfe auf ihrem Weg in die Eigenständigkeit und wie können Fachkräfte in pädagogischen Institutionen sie am besten unterstützen? Unter welchen spezifischen Bedingungen wachsen Kinder und Jugendliche in SOS-Kinderdörfern auf? Und wie steht es um die Realisierung des Gedankens beziehungsweise des Anspruchs, dass jede und jeder in der Lage sein beziehungsweise in die Lage versetzt werden sollte, ein nach eigenem Maßstab „gutes Leben" zu führen? Das untersuchte von 2011 bis 2013 ein Forschungsprojekt. Die Ergebnisse sind jetzt publiziert im Band „Verwirklichungschance SOS-Kinderdorf". Herausgeber ist das Sozialpädagogische Institut des SOS-Kinderdorf e. V.

Renate Höfer, Ylva Sievi, Florian Straus, Kristin Teuber: Verwirklichungschance SOS-Kinderdorf. Handlungsbefähigung und Wege in die Selbständigkeit. ISBN: 978-3-8474-2037-8, 34,90 Euro, Verlag Barbara Budrich.

Filmtipp

„ICH.DU.INKLUSION. Wenn Anspruch auf Wirklichkeit trifft" heißt eine Dokumentation zum inklusiven Unterricht. Thomas Binn hat zweieinhalb Jahre lang Grundschüler mit und ohne Förderbedarf an der Geschwister-Devries-Schule in Uedem (Nordrhein-Westfalen) begleitet. Er hat mit Kindern, Eltern, Lehrerinnen und Lehrern sowie sonderpädagogischen Fachkräften wie Inklusionshilfen gesprochen. Herausgekommen ist ein lebendiger Film, der zeigt: Gut gemeint, ist nicht unbedingt gut gemacht. Und so möchte Binn auch nicht nur einen Einblick in den Schulalltag gewähren, sondern zugleich die Debatte über die Realität der Inklusion anfeuern. www.ich-du-inklusion.de

Kunst und Behinderung

Das noch junge Projekt Inclusion Life Art Network (ILAN) ist eine Plattform zur Vernetzung und Zusammenarbeit für und von Künstlerinnen und Künstler mit und ohne Behinderung, Companies und Organisationen.
Mehr über die Initiative und ihre Ziele in Hinblick auf inklusive Kunst erfahren Interessierte auf der Internetseite www.inclusion-life-art-network.de.

Law Shifters: Gesetze diskutieren, kommentieren, anpassen

„Law Shifters" heißt ein Projekt, in dessen Rahmen Migrationsgesetze mit geflüchteten Jugendlichen und Berliner Jugendlichen diskutiert, kommentiert und neu geschrieben werden. Die Künstlerin Stine Marie Jacobsen hat das Projekt in Kooperation mit Gangway – Straßensozialarbeit in Berlin e. V. und dem Rechtsanwalt für Straf- und Aufenthaltsrecht, Bilal Alkatout, sowie Sozialarbeiterin Nastaran Tajeri-Foumani umgesetzt. Entstanden ist auch ein Buch mit dem Titel „Law Shifters". Es soll Demokratisierungs- und Solidarisierungsprozesse auslösen und kann im schulischen und außerschulischen Kontext für politische Bildung genutzt werden. Mehr Infos: http://gangway.de/law-shifters-migrationsgesetze-diskutieren-kommentieren-anpassen.

MOKLI bietet Hilfe für Straßenkinder

Die mobile Webseite MOKLI (www.mokli-help.de) richtet sich an Straßen- und Flüchtlingskinder in Deutschland und ist ein schneller Wegweiser für Notsituationen. Sie umfasst Adress- und Kontaktdaten von über 3.000 Hilfseinrichtungen in ganz Deutschland und steht in vier Sprachen – Deutsch, Englisch, Arabisch und Polnisch – zur Verfügung. Mit MOKLI können die Jugendlichen die für sie passenden Hilfsangebote recherchieren und sich über die interaktive Karte direkt zu den Hilfeangeboten (Ärzte, Schlafen, Beratung, Hygiene, Essen, S.O.S.-Soforthilfe) lotsen lassen. Mit der S.O.S.-Whats App-Funktion bekommen die Jugendlichen direkten Kontakt zu Helfern in Akutsituationen. MOKLI ist eine Produktion der Organisation KARUNA Zukunft für Kinder und Jugendliche in Not International und der von ihr mitgegründeten Jugendinitiative MOMO – The Voice of Disconnected Youth. Auf www.momo-voice.de gibt es zudem eine Vielzahl von Informationen für und über junge Menschen,

- die ihren Lebensmittelpunkt auf der Straße haben bzw. von Wohnungslosigkeit bedroht sind,
- die keinen festen Wohnsitz oder Obdach haben,
- die von gesellschaftlicher und politischer Teilhabe ausgeschlossen sind,
- die in der Jugendhilfe sind,
- die von den sozialen Sicherungssystemen nicht oder nicht mehr erreicht werden.

Dokumentation: „Gut gegen Fremdeln"

„Gut gegen Fremdeln" lautet der Titel einer Dokumentation des Paritätischen Jugendwerks Nordrhein-Westfalen. Darin werden Projekte von Mitgliedsorganisationen vorgestellt, die gezeigt haben, wie die Integration junger Flüchtlinge in die Kinder- und Jugendarbeit gelingen kann.
Dargestellt werden die Projekte. Ergänzt wird die Arbeitshilfe mit Hinweisen und Erfahrungen zum Nachmachen, Links zu Internetseiten und Literaturhinweisen.
Die Dokumentation ist kostenfrei zu haben. Bestellt werden kann sie per E- Mail an das Paritätische Jugendwerk NRW: pjw@paritaet-nrw.org. Zum Herunterladen steht sie in der Rubrik Dokumentationen auf www.pjw-nrw.de.

Erschütternde Realität: Shumona Sinhas Roman „Erschlagt die Armen!“

Politisch inkorrekter könnte ein Buchtitel kaum lauten: „Erschlagt die Armen!“Die aus einem Prosagedicht von Charles Baudelaire entliehene Aufforderung („Assommons les pauvres!“) erwischt uns bei Gedanken, die wir eigentlich nicht haben dürfen, spricht etwas aus, was totgeschwiegen werden will. Die Armen, um die es geht, sind die Flüchtlinge, „diese Männer, die das Meer befallen und sich wie ungeliebte Quallen an fremde Ufer werfen“. Natürlich sind die vielen Armen, die sich in die reichen Länder flüchten, auch eine Belastung und Bedrohung für die dortige Bevölkerung, natürlich können nicht alle im gelobten Land aufgenommen werden. Natürlich müssen sich die Antragsteller im Asylverfahren als politisch Verfolgte ausgeben und lügen. „Menschenrechte enthalten nicht das Recht, dem Elend zu entkommen.“ Wer nur arm ist und die Wahrheit sagt, hat keine Chance, in dem Verhör durch die sogenannten Entscheider zu bestehen.

Das ist grausame Wirklichkeit, in welcher der im vorigen Jahr preisgekrönte Roman Shumona Sinhas spielt. Auf dem Weg zu einer Einladung schlägt eine junge dunkelhäutige Frau indischer Abstammung, die bei einer Pariser Asylbehörde zwischen den Beamten und den Asylbewerbern vermittelt, einem Migranten eine Weinflasche über den Kopf. Das unerhörte Ereignis ihrer Affekttat konfrontiert sie selbst mit ihrer Arbeit und ihrer eigenen Lage in dem fremden Land. Im Verhör bei der Polizei und in ihrer Zelle hält sie Rückschau auf ihre Tätigkeit als Dolmetscherin, als „Sprachenturnerin“, die ihre Sprachgymnastik ausübt.

Eine Mischung aus Angst und Wut

Es gibt kein neutrales Dolmetschen. Wer dolmetscht, macht sich immer gegenüber der einen oder der anderen Seite schuldig – eine Beziehungsfalle, die im Italienischen mit dem Wortspiel „Traduttore, traditore!“ pointiert wird. Der Übersetzer (traduttore) ist immer auch ein Verräter (traditore). Dass sie als Frau und Inderin ausgerechnet in der bengalischen Flüchtlingsszene Männer befragt, und sie damit in ihrem (verbliebenen) Stolz trifft, macht ihre Position umso schwieriger. Die Protagonistin zerbricht an diesem Konflikt, sie erschöpft sich in einer Mischung aus Angst und Wut. Die Geschichte, die Shumona Sinha uns nahebringt, ist eine, die man so leicht nicht vergessen

kann. Ihre unglaublich poetische Sprache ist zugleich radikal. Sie erschüttert den Leser und, wie geschehen, offenbar auch die Sachwalter des Systems. Wie die Ich-Erzählerin war die Autorin als Dolmetscherin bei einer Pariser Asylbehörde beschäftigt. Mit der Veröffentlichung ihres Buches verlor sie ihre Stelle, und wer ihr Buch liest versteht, warum.

Armin Kuphal

Shumona Sinha, Erschlagt die Armen!, Edition Nautilus, ISBN 978-3894018207, 128 Seiten, 18 Euro

impressum

DER PARITÄTISCHE

Magazin des PARITÄTISCHEN
ISSN-1866-1718
Telefon: 030/24636-0 · Fax: -110
Internet: www.der-paritaetische.de
E-Mail: nachrichten@paritaet.org

Verantwortlich: Dr. Ulrich Schneider

Redaktion:
Martin Wißkirchen, Tel.: 030/24636-311
Ulrike Bauer: Tel.: 0172/6585424

Verantwortlich für die Landesseiten:
Brandenburg: Andreas Kaczynski, Tel.: 0331/28497-0
Bremen: Anke Teebken, Tel.: 0421/79199-0
Hessen: Günter Woltering, Tel.: 069/95526220
Mecklenburg-Vorpommern: Christina Hömke, Tel.: 0385/59221-0

Titelbild: Max Børd, PeJo - Fotolia.com

Für Berichte, die mit dem Namen des Verfassers/der Verfasserin gekennzeichnet sind, trägt diese/r die Verantwortung. Nachdruck nur mit Erlaubnis der Redaktion.
Redaktionsschluss: 6 Wochen vor Erscheinen.
Erscheinungsweise: 6 x pro Jahr

Anschrift von Herausgeber, Redaktion, Anzeigenverwaltung und Vertrieb:
Der Paritätische – Gesamtverband e. V., Oranienburger Straße 13-14, 10178 Berlin

Druck: Henrich Druck + Medien GmbH, Schwanheimer Straße 110, 60528 Frankfurt am Main

klimaneutral
natureOffice.com | DE-077-028420
gedruckt

FSC www.fsc.org
MIX
Aus verantwortungsvollen Quellen
FSC® C016059

Deutsches Kinderhilfswerk:

Kinderkongress im Oktober in Leipzig

Das Deutsche Kinderhilfswerk veranstaltet am 12. und 13. Oktober 2017 in Leipzig einen Kinderkongress zum Thema „Kinderkultur stärken!“. Dort treffen sich 180 junge Menschen, um zu zeigen, welche Bedeutung die Kinderrechte für die Kinderkultur haben und welche Verbesserungen es bei den Kinderrechten geben muss.
Der Kongress ist eine Kooperationsveranstaltung folgender Organisationen: Haus Steinstraße e. V., Leipziger Kinderbüro (Deutscher Kinderschutzbund Leipzig), MACHMit-Museum für Kinder (Berlin), Chapeau Claque (Bamberg), SpielTiger (Hamburg) und Freizeitzentrum Rostock. Nähere Infos gibt es auf www.leipziger-kinderbuero.de

Hermine-Albers-Preis:

Politische Bildung in der Kinder- und Jugendhilfe

Die Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ hat den Praxispreis des Deutschen Kinder- und Jugendhilfepreises 2018, den Hermine-Albers-Preis, zum Thema „politische Bildung in der Kinder- und Jugendhilfe“ ausgeschrieben. Die AGJ spricht damit Organisationen, Initiativen, Träger und Akteure der Kinder- und Jugendhilfe an, die mit ihrer Arbeit einen Beitrag zur Weiterentwicklung der politischen Bildung leisten und ihr neue Impulse geben. Vor dem Hintergrund der Krise der EU (u. a. Brexit) fordert die AGJ insbesondere auch Projekte der politischen Bildung mit europäischen Bezug auf, sich für den Praxispreis zu bewerben. Der Medienpreis und der Theorie- und Wissenschaftspreis haben keine Themenbindung.
Der Deutsche Kinder- und Jugendhilfepreis ist insgesamt mit 15.000 Euro dotiert. Der Ausschreibungszeitraum endet am 31. Oktober 2017.
Nähere Informationen gibt es auf der Internetpräsenz www.agj.de/djhp.

Fachtagung: Arbeitsmarktförderung für spezielle Zielgruppen

Bestimmte Zielgruppen in der Arbeitsmarktförderung erfordern besondere Handlungsstrategien. Relativ losgelöst von neuen politischen Entscheidungen, die nach der Bundestagswahl getroffen werden, gibt es in der Praxis hier längst einen großen Handlungsdruck. Bereits getroffene politische Entscheidungen wirken in die Zukunft hinein. Vor diesem Hintergrund veranstaltet der Paritätische Gesamtverband am 16. August 2017 in Berlin eine Fachtagung mit dem Titel „Es darf etwas Besonderes sein – Arbeitsmarktförderung für spezielle Zielgruppen“. Themen sind unter vor allem: die bevorstehende Umsetzung von Modellvorhaben in den Jobcentern zur Stärkung der Rehabilitation, die Weiterentwicklung der Arbeitsmarktförderung für Flüchtlinge und der gewünschte Ausbau von Grundbildungs- und Qualifizierungsangeboten für gering Qualifizierte. Die Tagung bietet Fach- und Führungskräften aus Paritätischen Mitgliedsorganisationen in der Arbeitsförderung und Interessierten aktuelle fachliche Impulse und Gelegenheit zum Austausch. Nähere Infos gibt es auf www.der-paritaetische.de unter Veranstaltungen oder per E-mail: arbeitsmarkt@paritaet.org

Die Vielfalt familiärer Lebensentwürfe in Angeboten der Eltern- und Familienbildung

Familienbilder in Deutschland sind vielfältig wie nie zuvor. Neben der noch immer dominanten Norm der Vater-Mutter-Kind-Familie werden häufig jedoch nur Alleinerziehende oder Patchworkfamilien wahrgenommen. Dies vernachlässigt die Vielfalt der Lebensformen von Kindern und macht sie so zu den „Anderen“.
Die familiäre Vielfalt sichtbar zu machen und die Anerkennung aller familiären Lebensentwürfe zu fördern ist daher ein zentraler Aspekt der Fachtagung des Paritätischen Bildungswerks Bundesverband unter dem Titel „Einmalig gut! – Die Vielfalt von familiären Lebensentwürfen in Angeboten der Eltern- und Familienbildung diskriminierungsfrei und identitätsfördernd aufgreifen“.
Die Fachtagung Eltern- und Familienbildung findet statt am 23. und 24. Oktober 2017 im Palisade im Umspannwerk Ost, Palisadenstr. 48, in Berlin.
Thematisiert werden soll auch die bewusste oder unbewusste Ausgrenzung bestimmter Familienformen und Familiensysteme, beispielsweise Pflegekinder und -eltern mit Migrationshintergrund, polyamouröse Familien und Regenbogenfamilien, gehörlose Familien, Familien, in denen Freundinnen und Freunde gemeinsam Kinder erziehen und weitere.
Die Vielfalt der Familienbilder stellt Fachkräfte vor die Herausforderung, bewährte Wege der Kooperation mit Familien zu überprüfen und gegebenenfalls neue, zusätzliche Perspektiven zu entwickeln. Die Tagung soll dazu ermutigen, die Bilder von Familien zu reflektieren. Sie werden sowohl aus soziologischen, juristischen Anti-Diskriminierungs- und pädagogischen Perspektiven betrachtet. Ziel ist es, Partizipation und Zugehörigkeit für alle Familien zu ermöglichen. Auch Beispiele guter Praxis werden vorgestellt. Darüber hinaus gibt es Zeit und Raum zum fachlichen Austausch.
Nähere Infos erhalten Interessierte beim
Paritätischen Bildungswerk
Bundesverband e. V.
Büro Berlin
Tel.: 030/24636474
E-Mail: struck@pb-paritaet.de
www.pb-paritaet.de.